



metallzeitung

FÜR ARBEIT UND SOZIALE GERECHTIGKEIT | WWW.IGMETALL.DE

AKTUELL

SEITE 4

**E-Cards: Politikern
die Meinung sagen**

LEBEN

SEITE 20

**Neue Internetseite
der IG Metall**

ARBEIT

SEITE 22

**Twittern gegen
die Krise**

BEZIRK

SEITE 28

WIRTSCHAFTSKRISE

Bad Banker

THEMEN IM HEFT



Foto: Erwin Wodicka / bilderbox.com

Banken halten Geld zusammen

Selten gab es für Banken so günstige Bedingungen. Die Europäische Zentralbank hat den Leitzins auf ein Prozent gesenkt und pumpt zusätzliche Milliarden in den Markt. Nur bei denen, die das Geld brauchen, kommt es nicht an. Für Unternehmen wird es schwerer, einen Kredit zu bekommen. **SEITE 10 BIS 13**

Titelfotos: Pawel Pacholec, Kirsty Pargeter / fotolia.com



Foto: Marius Becker / dpa / pa

Der Krisenmanager von Opel

»Heimlichen Strippenzieher« nennen Medien Klaus Franz, den Betriebsratschef des Autokonzerns, anerkennend – ein Porträt. **SEITE 17**



Foto: Jens Wolf / dpa / pa

Urlaub auf Balkonien

Auch wenn sich die Sonne dieses Jahr in Deutschland selten blicken lassen will, bleiben viele im Urlaub zu Hause. **SEITE 8**



Foto: IG Metall

Metaller im Kindergarten

EDS-Beschäftigte in Wuppertal nutzten den Streik, um die Räume von Kindergärten zu renovieren. **SEITE 23**

Anzeige



DGB
BILDUNGSWERK

BUND

Querdenker!

Qualifizierung für Betriebsräte
www.dgb-bildungswerk.de

IMPRESSUM metallzeitung, die Mitglieder-Zeitung der IG Metall

Herausgeber:
Berthold Huber,
Detlef Wetzel, Bertin Eichler

Anschrift: Redaktion **metallzeitung**
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt am Main
Telefon: 0800-446 38 25
Fax: 069-66 93-20 02
E-Mail: metallzeitung@igmetall.de

Redaktionsleiterin:
Susanne Rohmund (verantw. i.S.d.P.)

Chefredakteurin:
Susanne Rohmund (sro)

Chefin vom Dienst:
Ilka Grobe (ig)

Redaktion:
Volker Beck (vb), Dirk Erb (de),
Martina Helmerich (mh), Sylvia
Koppelberg (syk), Fabienne Mel-
zer (fam), Antonela Pelivan (ap)

Gestaltung: Gudrun Wichelhaus
Bildredaktion: Michael Schinke

Sekretariat:
Beate Albrecht, Marion Brunsfeld

www.igmetall.de/metallzeitung

Vertrieb:
Reinhold Weißmann
Telefon: 069-66 93-22 24,
Fax: 069-66 93-25 38
E-Mail: vertrieb@igmetall.de

Anzeigen: Petra Wedel
Telefon: 06151-81 27-0
Fax: 06151-89 30 98
E-Mail: info@zweiplus.de

metallzeitung erscheint monatlich
(zwölf Mal im Jahr). Für Mitglieder
der IG Metall ist der Bezug im
Beitrag enthalten. Das Papier,
auf dem die **metallzeitung** gedruckt
wird, besteht zu 70 Prozent aus Alt-
papier und zu 30 Prozent
aus PEFC-zertifiziertem Holz, das
aus nachhaltiger Waldbewirt-
schaftung in Bayern und Baden-
Württemberg stammt.

Druck: apm AG, Darmstadt.



Für Sehbehinderte: Angebot für sehbehinderte und blinde Mitglieder: metallzeitung gibt es auch als Word- oder als PDF-Datei. Bestellung an: vertrieb@igmetall.de

FARBE BEKENNEN



Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall, über die wichtige Arbeit von Betriebsräten und die FDP, die mit arbeitnehmerfeindlichen Positionen in die Regierung drängt

Foto: Gabby Geister

Mitbestimmung ja oder nein – die Union schweigt

Betriebsräte leisten gute Arbeit in der Wirtschaftskrise. Wer ihre Rechte einschränken will, ist für uns nicht wählbar.

Kanzlerin Merkel ist unmissverständlich. In vielen Reden lobt sie ausdrücklich die Rolle von Arbeitnehmervertretern. Ohne Betriebsräte, so Deutschlands oberste Repräsentantin, hätte uns die Krise wesentlich heftiger getroffen. Blicke hinzuzufügen: Am meisten erreichen Betriebsräte dort, wo sie Seite an Seite mit einer starken IG Metall handeln. Aber wir wollen nicht zuviel auf einmal von der Politik erwarten. Noch 2005 ist Angela Merkel als CDU-Parteivorsitzende mit einem Programm in den Wahlkampf gezogen, in dem die Rechte von Betriebsräten und Arbeitnehmervertretern in den Aufsichtsräten deutlich eingeschränkt und auch die Tarifautonomie beschnitten werden sollte.

Und was sagt die CDU dazu in ihrem Wahlprogramm 2009? Die Antwort ist überraschend: überhaupt nichts! Worüber sich die Kanzlerin Merkel eindeutig positiv äußert, schweigt sich die Parteivorsitzende Merkel aus.

In anderen Fragen hat sich die Union dagegen sehr deutlich festgelegt. Ihr politischer Wunschpartner für die zukünftige Regierung ist die FDP, die wenig von Arbeitnehmerrechten hält. Im Gegensatz zu SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Linkspartei, die Mitbestimmung erhalten oder sogar ausbauen wollen. Das Kahlschlagprogramm der FDP hat sich gegenüber 2005 wenig verändert: Schlechterer Kündigungsschutz, weniger freigestellte Betriebsräte, Abschaffung der paritätischen Mitbestimmung.

Beredetes Schweigen. Die IG Metall gibt keine Wahlempfehlung ab. Gleichzeitig steht fest: Arbeitnehmerrechte dürfen nicht eingeschränkt werden. Wir brauchen mehr Mitbestimmung, nicht weniger! Das Schweigen der Union lässt nur einen Schluss zu: Bei einem Erfolg von Schwarz-Gelb gibt hier der aggressive Wunsch-Juniorpartner, also die FDP, künftig den Ton an. Das dürfen wir nicht zulassen.

Berthold Huber

ALLES AUF EINEN BLICK

AKTUELL

- 4 **E-Cards schreiben**
Mit Postkarten Abgeordneten die Meinung sagen. So geht's.
- 6 **Blick nach Afghanistan**
Die IG Metall hilft Gewerkschaften beim Aufbau.
- 7 **Sell**
Beschäftigte bauen weiter Flugzeugküchen.
- 7 **EDS**
Fünf Wochen Arbeitskampf blieb nicht ohne Wirkung.
- 7 **Rente mit 67**
Die Krise macht länger Arbeiten immer absurder.
- 8 **In Kürze**
Krank zur Arbeit
Enthaart zur Arbeit
Sicher zur Arbeit
- 8 **Urlaub zu Hause**
Viele verreisen diesen Sommer nicht – kein Geld.
- 9 **Rechtsschutz**
Arbeiterin siegt gegen die Arbeitsagentur.
- 9 **Die Pflaume**
Rat(t)atouille à la FDP

TITEL

- 10 **Gefahr für Arbeitsplätze**
Banken bremsen bei Krediten und Firmen nutzen Krise aus.

SCHWERPUNKT

- 10 **Die Krisen-Landkarte**
Wo Betriebe in Not sind und wie Beschäftigte sich wehren

LEBEN

- 16 **Leserbriefe und die »Stulle des Monats«**
- 17 **Das Gesicht von Opel**
Porträt des Metallers und Betriebsratschefs Klaus Franz
- 18 **Recht so!**
Arbeitszeitkonten

- 18 **Krankenrückkehr-Gespräche**
Der Chef muss nicht alles wissen.
- 19 **Was mich beschäftigt**
Ein Gewerkschaftslehrer im Un-Ruhestand
- 20 **Laut und leise**
Migranten erzählen, wie sie heimisch wurden.
- 20 **IG Metall im Netz**
Besser, informativer – der neue Internet-Auftritt
- 21 **Rätsel**

ARBEIT

- 22 **Nützliche Helfer**
Twitter, Podcast, Blog & Co: So netzwerken Metaller.
- 23 **Die gute Idee**
Streikende Metaller renovieren Kindergärten.
- 23 **Organizing**
Neues Konzept aus den USA
- 24 **In Kürze**
Kurzarbeitergeld ausrechnen
Arbeitsfähigkeit testen
Rechte checken
- 24 **Tipps für den Job**
Mit Betriebsrat läuft's besser.
- 25 **Besser mit Bildung:**
Alstom überstand die Flaute mit Qualifikation.
- 25 **Produkt des Monats**
Ferienwohnung auf Rädern
- 26 **Industriepolitik**
Der Staat greift immer in den Markt ein.
- 27 **Stichwort**
Kündigungsschutz
- 27 **Die Zahl**
Leiharbeitnehmer leiden unter Arbeitsdruck.
- 27 **Karikatur: Biggi Stahl**

BEZIRK / LOKALES

- 28 **Aus den Bezirken**
Lokales oder Karikatur

Auf nach Frankfurt am Main

»Macht Politik für die Mehrheit der Menschen« – am 5. September sagen Tausende Metallerinnen und Metaller den Politikern in Berlin, wo es langgehen soll nach der Wahl. Die Jugend trifft sich schon vormittags in der City und danach alle in der Commerzbank-Arena. Das Programm in der Arena zeigt, dass Politik auch Spaß machen kann.

MEHR ZUM PROGRAMM AUF SEITE 5 UND AUF DER RÜCKSEITE.

+++ Gemeinsam für ein Gutes Leben +++ Gemeinsam für ein Gutes Leben +++ Gemeinsam für

Was ändern Sie nach der Bundestagswahl?

Ich überlege, Sie zu wählen, wenn Sie eine gute Antwort auf meine Erwartungen und Forderungen haben. Ich frage Sie: Wie werden sie Politik machen, in der Menschen wieder im Mittelpunkt stehen? Ich freue mich auf Ihre Antwort.

Mit freundlichen Grüßen

... Sendet uns eine E-Card

Mit der neuen Postkarten-Aktion könnt Ihr Politikern Fragen stellen.

► www.gutesleben.de

Die IG Metall hat gefragt, über 450.000 Menschen haben geantwortet!

Die Menschen wollen Arbeit: sicher und fair!

89% fordern einen sicheren Arbeitsplatz – keine Entlassung in der Krise

84% fordern Arbeit, die nicht krank macht

83% fordern, gut vom Einkommen leben können

77% fordern bei der Leiharbeit: Gleiche Arbeit – gleiches Geld!

GEMEINSAM FÜR EIN
GUTES LEBEN



E-CARD-AKTION

Schreib Deinem Politiker!

Was ändert sich nach der Bundestagswahl? Wird Arbeit sicher und fair? Diese und andere Fragen stellen die IG Metall und viele ihrer Mitglieder derzeit ihren Abgeordneten per elektronischer Postkarte.

Rund 450000 Menschen machten mit bei der Beschäftigten-Befragung der IG Metall in den vergangenen Monaten. Ihre Antworten waren glasklar: Die Befragten wollen Arbeit. Sicher und fair. Sie wünschen sich eine gute Zukunft für ihre Kinder. Arbeit und Leben sollen besser miteinander vereinbar sein. Die Menschen fordern eine Gesellschaft, in der es gerecht zugeht. Und: Sie wollen im Alter sorgenfrei leben.

Zuviel verlangt? Nein, findet die IG Metall. Politiker könnten Politik für Menschen machen. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, sendete der IG Metall-Vorstand Anfang Juli Ergebnisse und Forderungen der Befragung an alle Bundestagsabgeordnete.

Antworten der Politiker. Viele Abgeordnete antworteten. Zum Beispiel der Generalsekretär der SPD, Hubertus Heil, schrieb: »Die

IG Metall und die Sozialdemokratie haben zwar unterschiedliche gesellschaftliche Aufgaben, aber gemeinsame Ziele. Wir wollen gute Arbeit für ein gutes Leben sichern.« Und der stellvertretende Parteivorsitzende Der Linken, Klaus Ernst antwortete: »Die größte Gewerkschaft in Deutschland hat gefragt und die Menschen haben geantwortet: Vier von fünf Be-

fragten wollen keine Rente ab 67. Auch mehr als zwei Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes ist die Mehrheit der Deutschen gegen eine Anhebung des Rentenalters.«

Damit auch alle Bundestagskandidaten Post mit den Forderungen aus der Beschäftigten-Befragung bekommen, hat die IG Metall eine E-Card-Aktion ins Leben gerufen. Die Redaktion der metallzeitung

hat es ausprobiert. Chefredakteurin Susanne Rohmund schrieb alle fünf Parteien ihres Wahlbezirks Neustadt/Speyer an. Nur SPD-Bundestagskandidat Wolfgang Ressmann mailte zurück: »Ich unterstütze den Vorstoß der IG Metall einen Public-Equity-Fond einzurichten, um durch öffentliche Unternehmensbeteiligungen langfristig Arbeitsplätze zu sichern.« Den Mut ließ sich die Chefredakteurin nicht nehmen und schrieb nochmals die anderen vier Kandidaten an. Bis Redaktionsschluss kam allerdings wieder keine Antwort.

Keine Antwort ist kurz vor der Wahl aber auch eine Antwort. ■ metallzeitung@igmetall.de

Die Forderungen der IG Metall

- keine Entlassungen in der Krise
- bundesweiter Beteiligungsfonds zur Unternehmenssicherung in Höhe von 100 Milliarden Euro
- Rente mit 67 aussetzen
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- genügend betriebliche Ausbildungsplätze
- gerechte Bildungschancen und eine Bildungsreform

Eine Broschüre zur Befragung und mit den ausführlichen Forderungen der IG Metall sowie alle Infos zur E-Card-Aktion gibt es unter:

► www.gutes-leben.de

ein Gutes Leben +++ Gemeinsam für ein Gutes Leben +++ Gemeinsam für ein Gutes Leben +++



Auch Rapper Samy Deluxe kommt am 5. September nach Frankfurt in die Arena.

Foto: David Koenigsmann / EMI Music

Einladung

Auf nach Frankfurt!

Karten für die Arena-Veranstaltung gibt es für Mitglieder kostenlos bei den IG Metall-Verwaltungsstellen vor Ort. Infos unter:

- www.igmetall.de
- www.gutes-leben.de

Bus und Bahn

Die Anreise wird in Bussen und Zügen organisiert.

ARENA-VERANSTALTUNG

Samy und Bob kommen

Am 5. September lädt die IG Metall mehr als 50 000 Menschen in die Fußball-Arena nach Frankfurt ein. Die Idee: Vor der Wahl sollen die Teilnehmer konkrete Forderungen an die Parteien stellen.

»Macht Politik für die Mehrheit der Menschen!«, das ist das Motto der Arena-Veranstaltung am 5. September in Frankfurt. Gastgeber: die IG Metall. Gäste: Metal-lerinnen und Metaller aus der gesamten Republik. »In der Arena bringen wir die Ergebnisse der Befragung auf den Punkt«, verspricht der Zweite Vorsitzende der IG Metall Detlef Wetzell.

Die Ergebnisse der bundesweiten Beschäftigten-Befragung aber auch persönliche Erfahrungen sowie Statements werden in Konzerte und Kabarett eingebettet. »Kurz vor der Bundestagswahl wollen wir deutlich machen, was die Befragten von einer guten Politik fordern«, betont Wetzell. Und diese Forderungen werden in der Arena laut und deutlich gestellt werden.

In der Frankfurter Innenstadt ist ab 10 Uhr eine Jugendkundgebung geplant. Thema: die »Operation Übernahme«. Eine Aktion,

in der die IG Metall-Jugend für die Übernahme von Auszubildenden kämpft. »Immer mehr jungen Menschen wird der Berufseinstieg erschwert. Ohne Ausbildung, Übernahme und Festanstellung haben sie keine Sicherheit. Das muss anders werden«, fordert der Erste Vorsitzende Berthold Huber.

Im Anschluss an die Kundgebung geht es rund um die Arena ab 11 Uhr weiter. Dort treten zur Einstimmung Straßenkünstler sowie Sambagruppen auf. Ab 13 Uhr gibt es dann im Stadion ein Spektakel auf vier Bühnen: Rapper Samy Deluxe kommt. Und auch der Musiker Bob Geldof (»I don't like Mondays») tritt auf. Zahlreiche Aktionen sind während der Veranstaltung geplant, um die Forderungen der IG Metall und der Beschäftigten zu untermauern.

Huber wird auch in der Arena zu den mehr als 50 000 Menschen sprechen und die Forderungen



Foto: PR

Rocker und Legende Bob Geldof singt für IG Metall-Mitglieder.

der IG Metall und der Beschäftigten untermauern. »Arbeit: sicher und fair, das ist was die Menschen wollen und warum sie nach Frankfurt kommen werden«, betont Huber. »Dafür sind sie bereit aufzustehen, um ihren Bundestagskandidaten zu zeigen, welche Politik sie wünschen.«

Ein großes Finale – mit allen Gästen und Künstlern – wird den Nachmittag zwar beenden. Aber von der Arena-Veranstaltung der IG Metall werden nicht nur die Teilnehmer noch lange sprechen. ■

Union Summer: Austausch und Aktionen

Im vergangenen Monat trafen sich 350 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter von Verdi, der IG Bau und der IG Metall. Beim sogenannten »Union Summer« tauschten sie Erfahrungen zu den Themen Organizing und gewerkschaftliche Kampagnen aus.

Zahlreiche Aktionen probierten die Gewerkschafter dann auch gleich vor Ort aus. Eine Aktion von vielen, die für Aufmerksamkeit sorgte: Kletterer entrollten an einem Wuppertaler

Kaufhaus ein Transparent, das einen Schutzschirm für Beschäftigung fordert.

Die IG Metall plant in den nächsten Monaten weitere politische Aktionen wie E-Cards an Politiker, die Arena-Großveranstaltung, Trucks auf Marktplätzen und auch noch einige Überraschungen. ■

Wie Gewerkschaften digitale Netze für Kampagnen nutzen, steht auf Seite 22; aktuelle Aktionen immer unter:

► www.igmetall.de



Foto: Manfred Vollmer

AFGHANISTAN

Gewerkschafter bauen auf

Trotz heftiger Kämpfe in einigen Gebieten ist der Großteil von Afghanistan wieder relativ ruhig. Nun kämpfen hier Gewerkschafter: für Arbeit und Ausbildung, für ihre Rechte – und für die Teilhabe von Frauen. Die IG Metall unterstützt sie mit Fachleuten und Seminaren.



Foto: IG Metall

Kabul 2005: 60 000 Gewerkschafter demonstrieren für Arbeiterrechte.



Foto: NUAE

Ein alter Meister bewacht die stillgelegte Textilfabrik Gulbahar.

Gulbahar, 80 Kilometer nördlich von Kabul. 30 alte Meister schieben noch Wache in der einst größten Fabrik Afghanistans. Gebaut von Hochtief, voll mit deutschen Maschinen. Vor 30 Jahren produzierten hier 5000 Menschen Stoffe. Entwicklungshelfer der IG Metall bildeten Azubis aus. Vor dem Krieg.

Arbeit – die fehlt heute in Afghanistan. Nach der US-Invasion und dem Sturz der Taliban startete 2002 die IG Metall die Initiative »Arbeit und Ausbildung in Afghanistan«. Frühere IG Metall-Entwicklungshelfer führen wieder nach Gulbahar, darunter der mittlerweile verstorbene IG Metall-Sekretär Reiner Sielaff als Initiator und der Maschinenbautechniker Peter Wiesner. Das Urteil: »Man könnte rasch wieder eine kleine Fertigungsstraße aufbauen, mittelfristig 20 Prozent der alten Produktion.«

Die IG Metall hat viele Gespräche geführt und Anträge gestellt. Doch offizielle Entwicklungspolitik läuft anders: »Einen einzelnen Industriebetrieb fördern, da sehen wir die Gefahr einer Insellösung«, sagt Nils Warner, Afghanistan-Referent im Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit. »Wir setzen auf Nachhaltigkeit: Schulen, Straßen – Anreize für Investoren.«



Mohammad Zaher,
Gewerkschafts-Chef:
»Arbeit heißt Frieden.«

»Naiv«, findet Wiesner. Auch Sultan Amini sieht das anders. Er ist selbst Afghane, arbeitet beim IG Metall-Vorstand und fährt seit 2003 mit nach Afghanistan. »Wo sollen die Leute denn arbeiten, wenn sie aus der Schule kommen?« Aus Aminis Sicht verpufft ein Großteil der Entwicklungsgelder in vielen Einzelprojekten von zig Hilfsorganisationen – oder fließt in die Nachbarländer, weil alles von außen zugekauft werden muss.

Gulbahar könnte zumindest Stoff für die Nachfrage im Land liefern – und Arbeit schaffen.

Arbeit ist auch das wichtigste Ziel der Gewerkschaft »National Union of Afghanistan Employees« (NUAE), im Jahr 2003 gegründet, unterstützt von der Friedrich-Ebert-Stiftung und der IG Metall. Seitdem ist die Zahl der NUAE-Mitglieder von 10 000 auf 140 000 angewachsen. Die meisten sind arbeitslos.

»Wir kämpfen für den Wiederaufbau der Industrie. Wo Arbeit ist, gibt es auch keine Kämpfe und



Gullalei Tscharki,
Gewerkschaftsführerin:
Frauen reden oben mit.

keinen Drogen-Anbau«, betont Gullalei Tscharki. Sie sitzt im Vorstand der NUAE. »Frauen teilhaben lassen« ist das zweitwichtigste Ziel der Gewerkschaft. Frauen besetzen 20 Prozent der führenden Positionen – demokratisch gewählt, ohne Burka.

Jedes Jahr kommen Amini und andere

Metaller zur NUAE, machen Seminare und bauen internationale Kontakte auf. Mit kleinem Budget. »Die IG Metall hat uns gezeigt, wie wir uns selbst Ziele setzen und umsetzen können«, erklärt der NUAE-Vorsitzende Mohammad Zaher. Mit schnellem Erfolg: Fünf Tage nach dem ersten Seminar im Jahr 2005 demonstrierten 60 000 Gewerkschafter vor dem Parlament in Kabul und erkämpften sich ihre gesetzliche Verankerung in einem neuen Arbeitsgesetz. ■

Dirk.Erb@igmetall.de

Mehr Infos und Spenden

Bilder, Filme – und Spenden an die afghanische Gewerkschaft:

► www.igmetall.de/metalzeitung

Sell: Jobabbau vom Tisch

365 Arbeitsplätze sollten beim Herborner Flugzeugküchenbauer Sell weg. Doch die Belegschaft hat gekämpft und gewonnen.

Beim Flugzeugküchenhersteller Sell in Herborn gibt es nun doch keinen Personalabbau, wie ursprünglich von den Eignern, der Royal Bank of Scotland und dem PAIG-Konzern geplant. Statt dessen sind die 1265 Beschäftigten bis 2012 vor betriebsbedingten Kündigungen geschützt. Alle 380 Befristeten werden unbefristet übernommen. Zudem ist das Management verpflichtet, alle Maßnahmen für eine ausreichende Beschäftigung zu ergreifen – und Unterauslastungen durch Kurzarbeit aufzufangen. Und: Der Standort ist abgesichert. Sell wird eigenständiger, auch finanziell. Dies haben Betriebsrat und IG Metall Anfang Juli ausgehandelt.

Möglich wurde dieses Ergebnis durch zahlreiche Protestaktionen der kämpferischen Belegschaft, die fast vollzählig in der IG Metall organisiert ist.

IG Metall und Betriebsrat haben die Personalabbaupläne von Anfang an als ungerechtfertigt

und unsinnig kritisiert: Sell hat genug Aufträge und macht Gewinne, die jedoch herausgesaugt statt investiert werden. Kunden werden vergrault, die Zukunft des Unternehmens gefährdet.

»Sell wird seit Jahren ausgepresst wie eine Zitrone«, erklärt der Herborner IG Metall-Bevollmächtigte Hans-Peter Wieth. Er warf den Eignern wiederholt unternehmerische Inkompetenz vor. Betriebsrat und IG Metall waren sogar schon auf der Suche nach potenziellen Käufern.

Besonders pikant: Die Royal Bank of Scotland war durch Milliarden-Zockereien in der Finanzkrise an den Abgrund geraten und hängt am Tropf des britischen Staats. Dennoch streicht Bankchef Stephen Hesters dieses Jahr 11 Millionen Euro Gehalt ein. ■

Dirk.Erb@igmetall.de

Mehr Infos und Bilder zu den Aktionen bei Sell:

► www.herborn.igmetall.de

EDS-Streik: Der Einsatz hat sich gelohnt

Fünf Wochen Arbeitskampf beim Computerdienstleister EDS haben Wirkung gezeigt: Statt der geplanten 839 Stellen werden höchstens 500 Arbeitsplätze abgebaut. Maximal können 300 betriebsbedingt gekündigt werden. Betriebsbedingte Kündigungen dürfen nicht

vor Oktober erfolgen. Eine Aufanglösung über Transfer- und Qualifizierungsgesellschaften gibt es bis zu einem Jahr. Das Transfer-Kurzarbeitergeld wird von EDS um 20 Prozent aufgestockt. An den fünf Standorten, die EDS schließen wollte, bleiben mindestens 180 Arbeitsplätze erhalten. Für den Übergang zum Mutterkonzern Hewlett Packard wurden wichtige Beschäftigungsbedingungen gesichert.

In der Urabstimmung Mitte Juli hatten sich über 50 Prozent für ein Ende des Streiks ausgesprochen. »Es ist ein hart erkämpfter, aber vertretbarer Kompromiss«, erklärte das IG Metall-Vorstandsmitglied Helga Schwitzer. »Dieser Arbeitskampf hat gezeigt, dass hoch spezialisierte IT-Beschäftigte konsequent für ihre Anliegen kämpfen können.« ■

Martina.Helmerich@igmetall.de



Fünf Wochen Arbeitskampf haben den Kahlschlag bei EDS verhindert.

Foto: Frank Rumpenhorst



Foto: Steffen Kugler / dpa / pa

Hofft die Osram-Beschäftigte, dass Politikern endlich ein Licht aufgeht?

Rente mit 67 weltfremd

Arbeit bis 47, aber Rente erst mit 67? Die Krise macht einen späteren Rentenbeginn immer absurder.

Die großen Entlassungswellen erwarten Experten erst nach der Sommerpause – doch ältere Arbeitnehmer trifft die Krise schon jetzt mit voller Wucht. Im ersten Halbjahr waren im Schnitt mehr als 940 000 Menschen über 50 Jahre arbeitslos, fast 80 000 mehr als 2008. Da ihre Aussichten auf dem Arbeitsmarkt noch düsterer zu werden drohen, haben die IG Metall-Vorstandsmitglieder BERTHOLD Huber und Hans-Jürgen Urban an die Regierungsparteien appelliert, die Rente mit 67 sofort aufzugeben.

Sie treffen damit auf eine breite Stimmung in der Bevölkerung. In der IG Metall-Umfrage »Deine Stimme für ein Gutes Leben«, an der sich rund 450 000 Menschen

beteiligten, sprachen sich 81 Prozent dafür aus, die Rente mit 67 wieder abzuschaffen.

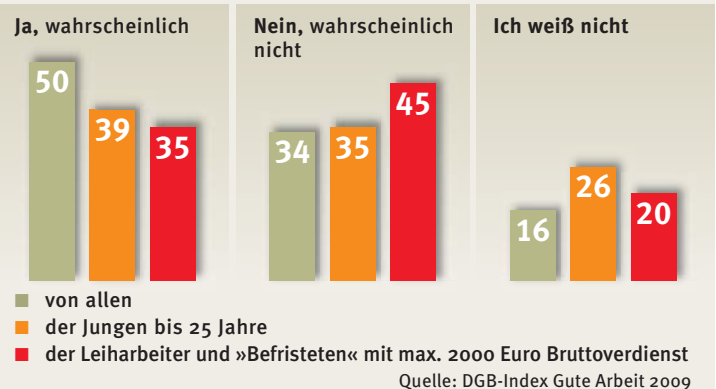
Als die Koalition die schrittweise Anhebung des Rentenalters ab 2012 beschloss, baute sie eine Klausel ins Gesetz ein. Nach ihr muss ab 2010 ohnehin regelmäßig überprüft werden, ob ein späterer Rentenbeginn mit Blick auf den Arbeitsmarkt und die soziale Situation Älterer noch »vertretbar« ist.

»Die Rente mit 67 war von Anfang an eine Fehlentscheidung«, sagt Urban. »Aber jetzt wird es höchste Zeit, dass die Politik die Realitäten in den Betrieben und auf dem Arbeitsmarkt zur Kenntnis nimmt.« ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

Nur jeder Zweite kann »bis zur Rente arbeiten«

In einer repräsentativen Umfrage des DGB antworteten auf die Frage »Meinen Sie, dass Sie Ihre jetzige Arbeit bis zur Rente ausüben könn(t)en« soviel Prozent ...



Krank arbeiten

Fast 80 Prozent aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland sind 2008 mindestens einmal krank zur Arbeit gegangen, die Hälfte sogar mehrmals. Das zeigt die neueste Studie des DGB »Index Gute Arbeit 2009«. Dieses Verhalten könnte ein Grund dafür sein, dass die Fehltagelast stetig zurückgehen. Der offizielle Krankenstand war im ersten Halbjahr 2009 mit 3,24 Prozent der niedrigste seit 1970, also seit die Daten statistisch erfasst werden. Die umfassende DGB-Studie über die Arbeitswelt gibt es unter:

► www.dgb-index-gute-arbeit.de

Körperschmuck

Piercings, Tätowierungen und Körperenthaarung sind vor allem bei jungen Arbeitnehmern voll im Trend. Je jünger die Befragten sind, desto stärker ist die Tendenz zu »Verschönerungen« des Körpers. Das ergab eine Studie der Uni Leipzig. Bemerkenswert ist dabei, dass unter den Erwerbstätigen der Anteil der Körperenthaarten höher ist als unter den Arbeitslosen. Auf die Jobchancen scheinen sich Piercings negativ auszuwirken. Tätowierungen nur bei älteren Bewerbern. Die Autoren der Studie sind sich jedoch über die Gründe noch unsicher.

Industrie stützen

In einer gemeinsamen Erklärung haben die Gewerkschaften IG Metall und IG BCE die Politik aufgefordert, die Industrie in der Krise zu stützen. Die Politik dürfe nicht zulassen, dass wichtige Kerne jetzt wegbrechen. Immerhin hängt in Deutschland noch immer jeder zweite Arbeitsplatz vom verarbeitenden Gewerbe ab. Die Gewerkschaften fordern unter anderem einen Beteiligungsfonds als Schutzschirm für Unternehmen. Über die Verteilung der Mittel sollen die Sozialpartner mitentscheiden. (Mehr zum Thema Industriepolitik auch auf Seite 26.)
Gemeinsame Forderungen:

► www.igmetall.de
→Presse →Nr.49/2009

INTERVIEW

»Daheimurlauber haben weniger

Die BAT-Stiftung für Zukunftsfragen belegt, dass Urlaub auf Balkonien selten freiwillig erfolgt, sondern



Foto: Jens Wolf / dpa / pa

metallzeitung: In Ihrer Tourismusanalyse kommen Sie zu dem Ergebnis, dass knapp die Hälfte der deutschen Bundesbürger ihren Urlaub zu Hause verbringen. Was sind die Hauptgründe für diesen Reiseverzicht?

Ulrich Reinhardt: Es sind vor allem finanzielle Gründe. Wenn Kurzarbeit und Jobverlust drohen, können Arbeitnehmer nicht beruhigt in den Urlaub fahren. Trotzdem hat der Urlaub immer noch einen hohen Stellenwert. Viele sparen nach wie vor für eine Reise und treten dafür bei anderen Freizeitaktivitäten kürzer.

metallzeitung: Wieviel Euro zahlen Reisende im Schnitt?

Reinhardt: Für eine zehntägige Inlandsreise werden etwa 656 Euro pro Person ausgegeben. Ein vierzehntägiger Spanienurlaub beläuft sich auf 1018 Euro pro Person.

metallzeitung: Und wer leistet sich am ehesten eine Reise?

Reinhardt: Doppelverdiener und kinderlose Paare reisen am meis-

» Erholung und Regeneration von der Arbeit – dieses Urmotiv des Urlaubs vergessen viele.«

ten. Dann folgen schon die Jungsenioren zwischen 50 und 64 Jahre, wenn die Kinder in der Regel aus dem Hause sind. Aber auch Jugendliche zwischen 14 und 17 Jahren reisen viel – schließlich will man etwas erleben.

Familien mit Kindern, gefolgt von jungen Erwachsenen zwischen 18 und 24 Jahren reisen am seltensten. Und selbst Singles verbringen die besten Wochen des

Jahres daheim. Gleiches gilt für viele Ruheständler.

metallzeitung: Trotz Krise gelten die Deutschen als Weltmeister im Reisen. Was sind die beliebtesten Ziele?

Reinhardt: Die Mehrheit verreist in Deutschland. Zwischen Alpen, Nord- und Ostsee fühlen sich die meisten am wohlsten. An erster Stelle steht Bayern, dicht gefolgt

Gute Argumente für den Daheimurlaub

- Daheimurlauber gleiten langsamer in Urlaubsstimmung. Hektik bei der Anreise, Überanstrengung und Angst, etwas zu verpassen, Ferientief am fünften Tag – gibt es alles nur auf Reisen.
- Daheimurlauber können ihren Tagesablauf selbst bestimmen. Kein Frühstück bis zehn Uhr, kein Ausflugstermin am Nachmittag und kein Massagetermin vor dem Abendessen.
- Daheimurlauber haben mehr Geld zur Verfügung. Wer nicht verreist, kann sich eher daheim etwas Besonderes leisten und muss nicht ständig auf jeden Euro schauen.

Stress.«

eher ein Reiseersatz ist.

von Mecklenburg-Vorpommern. Die beliebtesten Auslandsziele sind Spanien, Italien, die Türkei und Österreich.

metallzeitung: Flugreisen haben sich laut Ihrer Studie verringert. Reisen wir jetzt klimabewusster?

Reinhardt: In der Vergangenheit war das sicherlich so. Leider sind Umwelt- und Klimaschutz aber eher etwas für wirtschaftlich gute Zeiten. Wenn ein günstiger Flug samt Hotel und Vollpension lockt, steht eher die Reise und weniger das Klima im Vordergrund.

metallzeitung: Das Auto ist inzwischen wieder das Reiseverkehrsmittel der Wahl?

Reinhardt: Absolut. Wenn das Urlaubsbudget knapper wird, rechnet sich das Auto wieder. Vor allem, weil wieder mehr Personen ihren Urlaub in Deutschland verbringen. Das führt zu einer Wiederentdeckung des Autos: Es ist flexibel nutzbar und macht orts-

und zeitunabhängig. Da schreckt auch der kilometerlange Stau nicht ab. Vielmehr gehört es sogar zum Urlaub dazu, dass man mit vielen anderen im Stau steht. Das ist dann schon wieder fast ein Erlebnis für sich, von dem man dann wochenlang erzählen kann.

metallzeitung: Apropos Erlebnis: Was treibt uns jedes Jahr in die Ferne?

Reinhardt: Sicherlich suchen viele einen Kontrast zum Alltag, wie das Wohnumfeld oder die Arbeit. Aber auch Sehnsucht nach Exotik, Erotik oder Kultur sind Gründe für eine Reise.

metallzeitung: Viele Menschen sollen die plötzliche Ruhe im Urlaub nicht lange ertragen können. Müssen ihn deshalb immer mehr Menschen aktiv und in Bewegung verbringen?

Reinhardt: Wer nie gelernt hat, abzuschalten und die Seele baumeln zu lassen, wird es auch im Urlaub nicht lernen. Zudem haben viele Menschen Angst, im Urlaub etwas zu verpassen, weshalb sie motiviert sind, sportlich aktiv zu sein. Hinzu kommt der Erfolgsdruck einer gelungenen und erlebnisreichen Reise. Nach Hause zu kommen und zu erzählen, man habe zwei Wochen nur geschlafen und faul am Pool gelegen ist etwas, mit dem sich die wenigsten identifizieren können.

metallzeitung: Es ist also fast »unanständig«, faul zu sein?

Reinhardt: Unanständig würde ich nicht sagen. Man hat einfach 50 Wochen im Jahr darauf hingearbeitet, zwei Wochen zu verreisen. Dann will man auch etwas erleben. Dadurch vergessen aber viele das Urmotiv des Urlaubs in den Vordergrund zu stellen: Und zwar die Erholung und die Regeneration von der Arbeit. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de



Foto: Stiftung für Zukunftsfragen

ULRICH REINHARDT

ist Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Stiftung für Zukunftsfragen – einer Initiative von British American Tobacco, mit Sitz in Hamburg. Für die Tourismusanalyse 2009 wurden in Deutschland 4000 Personen ab 14 Jahren befragt.

DGB-Rechtsschutz paukte sie raus

Chemnitzerin sollte Insolvenzausfallgeld zurückzahlen.



Nach langem Rechtsstreit mit der Arbeitsagentur siegte Sigrid Scholz.

Foto: Eckardt/Wildner

Es ging alles in allem um 2300 Euro. Da ist kein Pappenstiel für Sigrid Scholz, 59, die jahrelang für die Firma Mohnlandtechnik in Chemnitz Schweißnähte bearbeitete. Fünf Euro Stundenlohn bekam Scholz für diese harte Männerarbeit.

Dann blieb das Unternehmen monatelang den Lohn schuldig. Scholz ging zur Arbeitsagentur und reichte die Kündigung ein. Dadurch bekam sie rückwirkend zumindest für drei Monate Insolvenzausfallgeld gezahlt. Dann bat der Betrieb Scholz und mehrere Kollegen, wieder zurückzukehren. Es gebe wieder was zu tun.

Die neuerliche Arbeitsaufnahme wurde Scholz fast zum Verhängnis. Was sie nicht wusste: Eine zwischenzeitliche geringfügige Arbeit beim gleichen Arbeitgeber vor dem Insolvenzverfahren wirkt sich mindernd auf den Anspruch auf Insolvenzgeld aus. Die Arbeitsagentur forderte bereits gezahltes Geld teilweise zurück.

Doch das sächsische Landessozialgericht entschied anders. Die Arbeitsagentur zog ihre Forderung zurück. »Der DGB-Rechtsschutz in Chemnitz hat uns da Gott sei Dank wieder rausgepaukt«, sagt Scholz. ■

Martina.Helmerich@igmetall.de

PFLAUME DES MONATS

Rat(t)atouille à la FDP

Man nehme:

Einen leeren Staatssäckel, in dem 86,1 Milliarden Euro fehlen. Einen Guido, der seinen Mitessern, pardon Wählern, verspricht, aus besagtem leeren Säckel nach der Bundestagswahl 34 Milliarden Euro Steuererleichterungen zu verstreuen.

Man salze das Ganze mit einer herben sozialpolitischen Lindner-Soße. Martin Lindner ist der Berliner FDP-Politiker und Bundestagskandidat, der Arbeitslosengeld-II-Beziehern den Regelsatz um 30 Prozent kürzen will, also von 359 auf 250 Euro monatlich.

Dann werfe man eine Ladung tote Ratten dazu – nach einem Rezept des FDP-Politikers Henner Schmidt. Der hatte vergangenen Dezember vorgeschlagen, Hartz-IV-Empfänger sollten sich was dazu verdienen, indem sie Ratten fangen statt Flaschenleergut einzusammeln. Für jedes tote Tier sollten sie einen Euro erhalten.

Und fertig ist das Rattatouille aus der Gourmet-Küche der FDP!





No credits

No jobs

In dem Hamburger Bankenhaus prallten an diesem Morgen Welten aufeinander. Auf der einen Seite saß der Betriebsrat des Drahtherstellers Berkenhoff gemeinsam mit Hans-Peter Wieth, dem Ersten Bevollmächtigten der IG Metall aus Herborn, und auf der anderen Seite die Vertreter der HSH Nordbank. Es ging um alles oder nichts – verkaufen oder den Betrieb dicht machen. Die Bank favorisierte ein eigenes Sanierungsmodell mit Treuhänder. Nur ob und wie sie es finanzieren wollte – darüber herrschte Schweigen. Ohne große Hoffnung reisten die Metalller wieder ab. Banker, soviel hatte Hans-Peter Wieth gelernt, machen nur, was sich schnell rechnet. Ob ein Unternehmen langfristig eine Chance hat, interessiert nicht. Für Wieth war das Gespräch sehr ernüchternd: »Diese Leute haben ihr eigenes Unternehmen tief in den Schlamassel gesteuert und wollen anderen erzählen, wie sie einen Betrieb zu führen haben. Mit Bankern verhandeln, macht wirklich verdammt wenig Spaß.«

Dabei müssten gerade die Herren von der Nordbank wissen, was es heißt, wenn einem das Wasser bis zum Hals steht. Das Kreditinstitut schreibt Milliardenverluste und konnte nur durch staatliche Hilfe gerettet werden. Doch während Banken sich dank gut gepolsterter staatlicher Bürgschaften und rekordverdächtiger Niedrigzinsen langsam von ihrer Zockerei erholen, setzen sie bei Wirtschaft und Privatkunden die Daumenschrauben an.

allerdings nicht. Denn eine echte Klemme könnte all jenen als Argument dienen, die die Banken wegen ihrer Machtkonzentration und halsbrecherischen Geschäfte stärker kontrollieren wollen. Deshalb versuchen die Banken das Schreckgespenst »Kreditklemme« möglichst unter der Decke zu halten, vermutet der Direktor des Instituts Arbeit und Wirtschaft.

Für Markus Feith eine sehr theoretische Debatte. Der Betriebsratsvorsitzende von Berkenhoff weiß nicht, ob es eine Kreditklemme gibt. Nur eines weiß er sicher: Wenn die Banken nicht bald die Finanzierung sichern und einen Kredit zusagen, muss Berkenhoff in absehbarer Zeit Insolvenz anmelden. Das könnte viele Menschen ihren Arbeitsplatz kosten. Dabei hat das Unternehmen laut verschiedener Gutachten durchaus eine Überlebenschance. Jeden Tag fragen Markus Feith



Foto: Erwin Wondicka / Bilderbox.com

KREDITKONDITIONEN FÜR UNTERNEHMEN VERSCHLECHTERN SICH

Wenn Banker **Nein** sagen

Erst brachten sie das Finanzsystem weltweit ins Schleudern und jetzt werden sie zu einer ernsthaften Gefahr für Arbeitsplätze. Die Banken stehen in der Kritik. Trotz Niedrigzinsen und staatlicher Unterstützung bremsen sie bei Krediten. Die Politik versucht es bisher mit Appellen.

TEXT: FABIENNE MELZER UND SYLVIA KOPPELBERG

So stellte die KfW-Bank bei ihrer jüngsten Unternehmensbefragung fest, dass sich der Zugang zu Krediten für Unternehmen deutlich verschlechtert hat. Fast 36 Prozent beklagten, dass die Hürden für einen Kredit höher geworden seien. Rund 50 Prozent hatten generell Probleme bei der Bewilligung eines Kredits.

Noch streiten Experten, ob es nur einzelne Engpässe gibt oder es bei Krediten bereits flächendeckend klemmt. Bundesregierung und Banken sehen noch keine Kreditklemme. Die Sicht der Banken verwundert den Bremer Wirtschaftswissenschaftler Rudolf Hickel

Kollegen: »Wie geht's weiter? Was sagen die Banken? Was wird aus unseren Arbeitsplätzen?« Er kennt die Antwort nicht.

Eine Gefahr für Arbeitsplätze. Das Verhalten der Kreditinstitute empört auch Wolfgang Rhode, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. »Nachdem die Banken mit ihrem Größenwahn das Finanzsystem ins Schleudern gebracht haben, werden sie jetzt auch noch zu einer ernsthaften Gefahr für Arbeitsplätze.« Dabei sind die Bedingungen für die Kreditinstitute so gut wie lange nicht mehr. Seit Herbst 2008 senkte die Europäische Zen-

Bankensanierung

mit Steuermilliarden



Schlechte Zeiten für Kredite. Während Banken sich mit Staatshilfe von ihrer Zockerei erholen, drehen sie Unternehmen den Geldhahn zu.

Krisengewinnler und Sozialräuber

Nicht nur Banken bringen Arbeitsplätze in Gefahr. Auch Unternehmen: Etliche benutzen die Krise als Vorwand, um ihre Kosten zu senken – vorzugsweise durch Personalabbau.

Danfoss: »Danfoss übernimmt soziale Verantwortung«, beteuert der Konzern auf seiner Internetseite. Die Realität: Seit 2002 hat er kontinuierlich Stellen abgebaut. Jetzt hat er entschieden, bis April im Flensburg Kompressoren-Werk 450 Stellen zu streichen. »Danfoss nutzt die Krise aus für ein Konzept, das dazu führen wird, dass er sich sang- und klanglos aus der Region verabschiedet«, wirft Meinhard Geiken von der IG Metall Flensburg dem Unternehmen vor. Die Beschäftigten sind verzweifelt. Sie haben Demos, Mahnwachen, Warnstreiks veranstaltet.

Genutzt hat es nichts. Danfoss bleibt bei seinem Plan. Obwohl es Alternativen gibt. Die IG Metall hat sie benannt: Kurzarbeit auf 24 Monate ausweiten, um Zeit zu gewinnen, über neue Produkte nachzudenken.

Flensburg hat die höchste Arbeitslosenquote in ganz Schleswig-Holstein: 12,6 Prozent. Geiken sieht trostlose Zeiten auf die Stadt zukommen. »Wenn Danfoss dicht macht, gibt es hier kaum noch Industriearbeitsplätze – und wir verlieren 50 gute Ausbildungsplätze.« »Krisengewinnler und Sozialräuber« scholt der IG Metall-Vorsit-

zende Berthold Huber bei einer Kundgebung in Flensburg Unternehmen à la Danfoss. Von ihrer Sorte gibt es einige.

Ymos: Ubrig ist eine kleine Autzulieferfirma im rheinischen Heiligenhaus. Vor einigen Jahren wurde sie von Ymos gekauft. Weil sie insolvent war, erbettelte der neue Eigentümer eine Landesbürgschaft über 4,4 Millionen Euro, um die 125 Stellen retten zu können. Doch schon im ersten Jahr sprach er 25 Kündigungen aus. Im November 2008 erklärte er, die Produktion aufzugeben. Die Krise lieferte nur

den Vorwand. »Die Schließung war längst vorbereitet«, sagt Michele Dattaro, der zuständige IG Metall-Bevollmächtigte. »Ymos hat die ganzen Jahre so gut wie nichts investiert, um die Arbeitsplätze zu erhalten.« Die IG Metall schaltete ein Beratungsinstitut ein. Das analysierte den Betrieb und kam zu dem Ergebnis, dass er weitergeführt werden könnte. »Aber Ymos war von Anfang an nicht an der Produktion interessiert. Nur am Know-how.« Darum hatten die Beschäftigten, als der Betrieb zum Verkauf angestanden hatte, auch andere Interessenten favorisiert.

tralbank (EZB) den Leitzins auf inzwischen ein Prozent. So günstig konnten sich Banken selten Geld leihen. Und erst vor wenigen Wochen pumpte die EZB für ein Jahr zusätzliche 400 Milliarden Euro in den Markt. »Doch die Geldhäuser geben diese guten Bedingungen nicht an die Unternehmen weiter«, kritisiert Rhode und fordert: »Die Banken sollen endlich ihren Job machen und vernünftige Kredite anbieten. Sie müssen ihren Beitrag leisten, um Arbeitsplätze zu sichern. Es ist skandalös, wie sie sich ihrer Verantwortung entziehen.«

Im Gegenteil: So manche Bank setzt noch einen drauf und schraubt die Zinsen hoch, wenn Firmen unter Druck geraten. Diese Erfahrung machte etwa Gerhard Schamber, Gesamtbetriebsratsvorsitzender beim Baumaschinenhersteller Putzmeister in Aichtal. Als sein Betrieb mit den Banken verhandelte, erhöhten zwei von ihnen erst einmal die Zinsen. Sie begründeten den höheren Zins mit einer schlechteren Bewertung. Dennoch, denkt Schamber, schlagen die Banken aus der Not der Unternehmen auch Profit. »Wenn sie die Zinssätze weitergeben würden, die sie selbst kriegen, würde die Welt für uns freundlicher aussehen.«

Unter solchen Bedingungen kann es auch für gesunde Unternehmen eng werden. Walther Mann, Erster Bevollmächtigter der IG Metall in Würzburg, erlebt immer öfter, wie Banken Firmen selbst bei normalen Vorfinanzierungen mit hohen Zinsen knebeln. »Institute, die selbst das Geld für ein Prozent von der EZB bekommen, verlangen von den Unternehmen neun Prozent oder mehr«, sagt Mann.

Ganz haarig wird es, wenn Banken sogar Rechte von Beschäftigten aushebeln, wie im Fall der Gießerei Metal Technologies Kitzingen (MTK). Im April drehten die beiden Hauptkreditgeber den Geldhahn zu. Das Un-



Foto: Erwin Wedicker / bildbox.com

ternehmen musste aus Sicht Walther Manns ohne Not Insolvenz anmelden. »MTK verfügte noch über liquide Mittel. Die Banken hätten warten können.« Sie warteten nicht und 335 der 809 Beschäftigten verloren ihre Arbeit.

Doch damit nicht genug: An die Finanzierungszusage für den Neuanfang knüpften die Banken eine Bedingung. Sie lautete: Kein Betriebsübergang nach Paragraf 613a Bürgerliches Gesetzbuch. Er regelt, dass der neue Eigentümer alle Pflichten des alten übernimmt. Im Fall von MTK hätte er unter anderem die Ansprüche auf Altersteilzeit erfüllen müssen. Das wollte die Bank nicht finanzieren. Die Beschäftigten ließen sich schließlich darauf ein. Die Arbeit im Betrieb ruhte zwei Tage lang und machte den Neuanfang ohne Pflichten möglich.

Für nur vier Millionen. Für Altersteilzeitler waren die Folgen bitter. Beschäftigte, die bereits für ihre Altersteilzeit angespart hatten, gehen leer aus. Ihre Ansprüche auf Freistellung sind futsch. Altersteilzeitler in der Freistellung fielen in die Arbeitslosigkeit, erzählt Mann. »Da wurden ganze Lebensplanungen über den Haufen geworfen. Dabei hätte es nur vier Millionen Euro gekostet, die Ansprüche zu

erfüllen. Ein Witz angesichts der Milliarden, die den Banken hintergeschmissen wurden.«

Seit Monaten packt die Bundesregierung ein Banken-Hilfspaket nach dem anderen. Bisher ohne durchschlagenden Erfolg. Doch Banken nutzen nicht nur die Krise aus. Warum sie nicht funktionieren, wie sie sollten, hat für Wirtschaftswissenschaftler Hickel noch einen weiteren Grund: »Sie stecken in der Pleite. Ihr Eigenkapital wurde durch Verluste an den Spieltischen des internationalen Kasino-kapitalismus aufgefressen.« Fehlendes Eigenkapital wird aber in der Krise zum Nadelöhr für Kredite. Finanzvorschriften wie »Basel II« wirken da krisenverschärfend. Banken müssen die Bonität, sprich Zahlungsfähigkeit, des Schuldners, prüfen und je nach Risiko mit Eigenkapital hinterlegen. Und die Krise macht die Bonität vieler Unternehmen nicht besser.

Daher bastelt die Bundesregierung weitere Hilfsmittel für Banken. Das neueste heißt »Bad Bank« – eine Bank für Giftmüll, den die Krise als wertlose Finanzmarktprodukte hinterlassen hat. Den Banken steht es frei, sie zu nutzen. Was sie bringt, wird die Zeit zeigen. Zeit, die mancher Betrieb nicht hat. Damit Arbeitsplätze nicht verloren gehen, fordert die IG Metall einen öffentlichen Beteiligungsfonds über 100 Milliarden Euro für Unternehmen. Doch auch auf die Banken muss die Regierung Druck machen und staatliche Hilfe an Auflagen zur Kreditvergabe knüpfen. »Statt Zuckerbrot braucht es jetzt mehr Peitsche«, fordert IG Metall-Vorstandsmitglied Rhode.

Doch die Politik hebt bisher vor allem drohend den Zeigefinger. Zwar kündigte Finanzminister Steinbrück an, die Kreditvergabe der Institute zu überprüfen und es nicht bei Appellen zu belassen. Was das für die Banken heißen könnte, verriet er allerdings nicht. ■

Aber sie fragte keiner. Dieses Jahr werden 80 von ihnen arbeitslos. Es soll noch nicht mal Abfindungen geben.



Foto: Karin Haug

Vielen steht, wie bei Danfoss, das Wasser bis zum Hals.

Weidmüller: Im Mai kam die Ankündigung, nach nur drei Monaten Kurzarbeit: Bis zu 550 Stellen werden gestrichen, davon bis zu 250 am Stammsitz Detmold. Danach war Schweigen im Walde. Die Geschäftsleitung ließ die verunsicherte Belegschaft monatelang im Ungewissen. »Weidmüller hat genug Substanz, um die Kurzarbeit zu verlängern«, urteilt Betriebsrätin Gerda Gerunde-Lustig. »Andere Betriebe in der Region haben die gleichen Probleme und drohen nicht mit Personalabbau.«

Lenze: 300 Menschen will das Unternehmen, das auf Automationstechnik und Kleinantriebe spezialisiert ist, in Deutschland

entlassen. Begründung: Krise. »Aber das ist nicht der Punkt«, sagt Uwe Mebs, Metaller in Hameln, wo auch Beschäftigte betroffen sind. »Lenze ist ein gesundes Unternehmen, das in den vergangenen Jahren hohe Gewinne gemacht hat.« Er fordert, dass »die Instrumente, die die Politik geschaffen hat, um Arbeitsplätze zu retten, genutzt werden«. Lenze sei durchaus in der Lage, die Krise mit Kurzarbeit zu überbrücken. Lenze will aber nicht Arbeitsplätze retten. Lenze will die Kosten senken.

Dräger: Nicht alle Geschäftsführer tüten schon Kündigungsschreiben ein. Einige bieten ihren Beschäftigten »Alternativen«. Wie

das Sicherheits- und Medizintechnik-Unternehmen Dräger in Lübeck: Entlassungen oder Verzicht auf Geld. Dräger hatte 2008 rund 1,9 Milliarden Euro Umsatz, rechnet aber dieses Jahr mit fünf Prozent Rückgang, will darum die »Ertragskraft steigern«. Unternehmenschef Dräger gibt zwar in der Hauspostille »dialog« zu, dass »der größte Teil« der Probleme »hausgemacht« ist: falsche Produktstrategien, mangelnde Effizienz. Aber den Preis sollen die Beschäftigten zahlen. Dieses Jahr, für den Anfang, 20 Millionen Euro. Die Belegschaften sollen auf Urlaubs- und Weihnachtsgeld verzichten: Im Schnitt sind das 2040 Euro. ■

KRISENKARTE

Gebietsweise Unwetter

Die Krise ist in vielen Betrieben angekommen: Kurzarbeit, Entlassungen, Schließungen. Dort wo viele Beschäftigte Mitglieder der IG Metall sind und kämpfen – und Betriebsräte und IG Metall kompetent verhandeln, können Arbeitsplätze gerettet werden. Hier eine Auswahl. Stand: 20. Juli. Aktuelle Infos: www.igmetall.de/metallzeitung

AE Formen- und Werkzeugbau, Roffhausen, Autozulieferer: Seit dem 1. Juni ist der Betrieb von der Konzernmutter abgespalten und in Insolvenz. Für 51 von 77 Beschäftigten, fast alles Metaller, geht es weiter. Für die übrigen hat die IG Metall eine Transfersgesellschaft durchgesetzt und hilft jetzt aktiv mit, nach Investoren und Aufträgen zu suchen.

Wabco, Hannover, Nutzfahrzeuge: Die Geschäftsführung will 300 Kündigungen – entgegen einer wenige Monate alten Vereinbarung. Das Alternativkonzept des Betriebsrats: Kurzarbeit, Qualifizierung und Versetzungen in Entwicklungsbereiche. Zahlreiche Aktionen der Beschäftigten, Demonstrationen. Die Verhandlungen laufen.

Komatsu Hanomag, Hannover, Baumaschinen: Absatzrückgang von 75 Prozent. Dennoch will die Geschäftsleitung alle an Bord halten und arbeitet mit IG Metall und Betriebsrat positiv und konstruktiv zusammen. Weiter Kurzarbeit und Beschäftigungssicherungs-Tarif (seit Oktober 2008). Kaum Kündigungen.

Schmitz Cargobull, Nutzfahrzeug-Auflieger: 90 Prozent Einbruch. Deutschlandweit sollten 550 Stellen weg, 180 am Stammsitz Altenberge. IG Metall und Betriebsrat haben nun maximale Kurzarbeit mit Qualifizierung erreicht. Noch in der Schwebe: Kündigungen. Zahlreiche Infoversammlungen.

Schlafhorst Oerlikon, Mönchengladbach, Textilmaschinen: Das Werk soll geschlossen werden wegen Umsatzeinbrüchen. 250 Beschäftigte sind betroffen. Die IG Metall hat einen Restrukturierungsplan mit Kurzarbeit vorgelegt, um Teile zu erhalten. Die Geschäftsführung bleibt bislang stur.

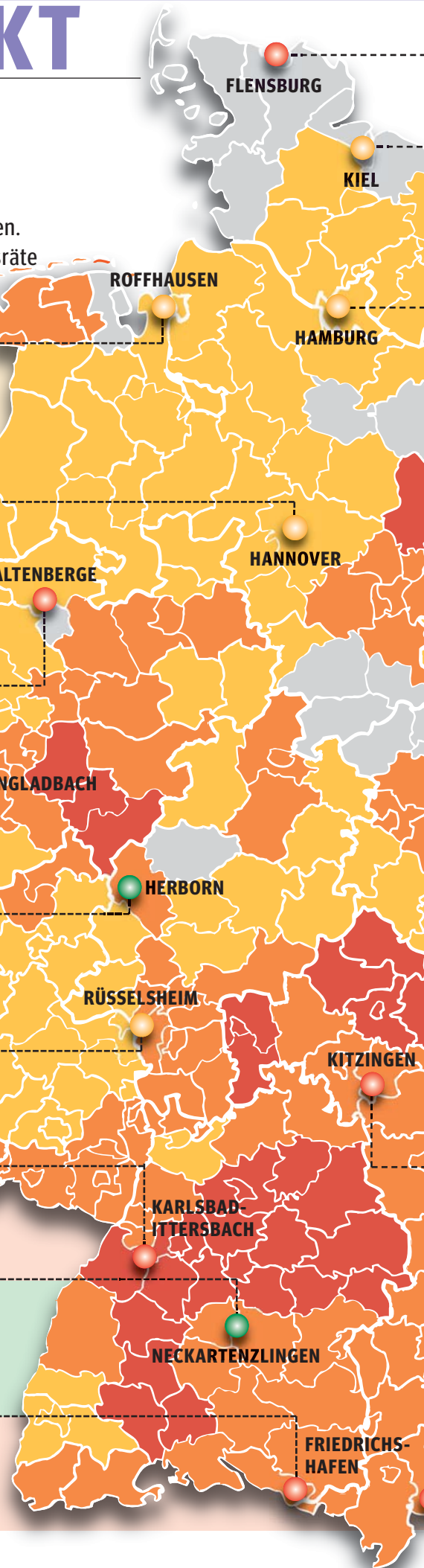
Sell, Herborn, Flugzeugküchen: Trotz guter Auftragslage wollten die Eigner, die Royal Bank of Scotland und Investmentfonds, zuschlagen: 365 sollten entlassen werden. Nach fünf Wochen massiver Proteste und Aktionen die Kehrtwende: Übernahme der 380 Befristeten, Standort gesichert, Beschäftigung vor Gewinn, Kurzarbeit bei Unterauslastung, keine betriebsbedingte Kündigungen bis 2012.

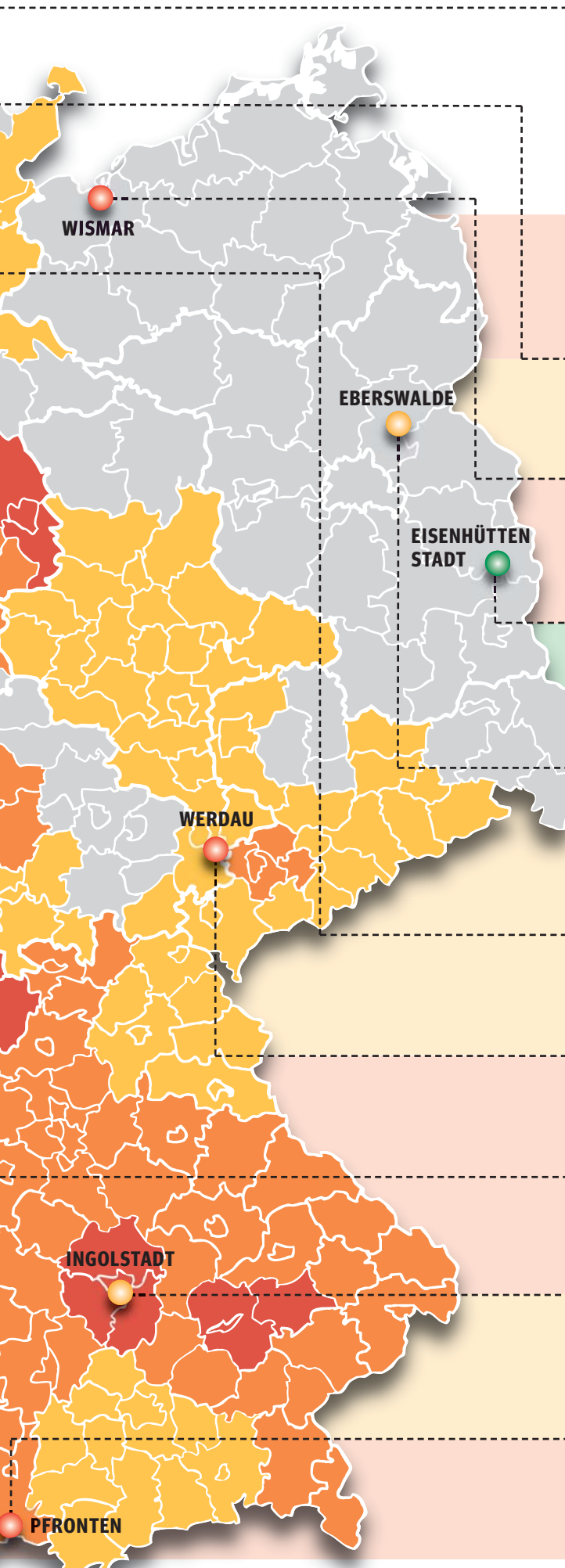
EDS, Rüsselsheim, zahlreiche weitere Standorte, IT-Dienstleister: Die neue Konzernmutter Hewlett-Packard wollte 839 Beschäftigte entlassen – trotz Gewinn. Nach fünf Wochen Streik gibt es nun nur maximal 300 Kündigungen sowie hohe Abfindungen für freiwillige Aussteiger.

HarmanBecker, Karlsbad-Ittersbach, Autozulieferer: Trotz aller Proteste, Gegengutachten und zig Verhandlungen zieht die US-Konzernleitung die Verlagerung nach Ungarn durch. Ein Problem: Nur ein Viertel der 1500 Beschäftigten ist in der IG Metall. 285 müssen nun bis Mitte 2010 gehen. Für sie gibt es Abfindungen und eine Transfersgesellschaft.

Hirschmann, Neckartenzlingen, Industriestecker: Auftragseinbruch. Im Juni will die Geschäftsführung 41 Kündigungen, nach Abbau von bereits 100 Stellen im Frühjahr. Der Betriebsrat sieht dadurch den Standort grundsätzlich gefährdet. Die Beschäftigten demonstrieren und erarbeiten gemeinsam Alternativen: Einsparungen an Sachkosten in Millionenhöhe. Immer mehr treten in die IG Metall ein. Mitte Juli die Wende: Die Kündigungen sind vom Tisch.

Hymer, Friedrichshafen, Wohnmobile: Die Geschäftsführung will erneut 175 Beschäftigte entlassen. Bereits im Januar gab es über 50 Kündigungen, ohne IG Metall verhandelt. Nun ist die IG Metall an Bord. Die Ziele: Keine betriebsbedingten Kündigungen. Extensive Kurzarbeit. Doch die Geschäftsführung bleibt stur. Jetzt entscheidet eine Einigungsstelle.



**Ausgewählte Standorte:**

- **tief in der Krise**
- **schwierige Lage**
- **Lage entspannter**

Legende zur Karte:

Risiko für Arbeit. So viele Jobs sind laut Agentur für Arbeit regional bedroht:

- ROT** = Mehr als 7,2 Prozent
- ORANGE** = 6,3 bis 7,2 Prozent
- GELB** = 5,4 bis 6,3 Prozent
- GRAU** = Weniger als 5,4 Prozent

Danfoss, Flensburg, Kühlgeräte-Kompressoren: Die Geschäftsleitung will wegen Umsatzeinbruch die Produktion in Flensburg schließen und verlagern. 450 Beschäftigte sollen Anfang 2010 gehen. Für die Alternativpläne von IG Metall und Betriebsrat – weitere zwei Jahre Kurzarbeit und neue Produkte – will die Belegschaft mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen weiter kämpfen.

HDW-Werft, Kiel: Leere Hallen. Viele Aufträge wurden storniert, weil Reeder und Banken blockieren. Trotz des bis Ende 2010 geltenden Beschäftigungssicherungsvertrags wollte die Konzernmutter ThyssenKrupp entlassen. Nach massiven Protesten gibt es nun doch keine Kündigungen, statt dessen Altersteilzeit und Kurzarbeit.

Wadan-Werften, Wismar, Warnemünde: Kaum noch Aufträge, seit 1. Mai in Insolvenz. IG Metall und Betriebsrat suchen mit nach Investoren und Aufträgen und verhandeln, um Arbeitsplätze zu retten. 6000 Beschäftigte haben Ende Juni demonstriert. Die nächsten Monate werden mit Kurzarbeitergeld überbrückt. Weitere Aktionen der Beschäftigten, sogar eine Werksbesetzung Mitte Juli.

Eko-Stahl ArcelorMittal, Eisenhüttenstadt: Nachdem die Beschäftigten durch massive öffentlichkeitswirksame Proteste die Abschaltung des Hochofens verhindert haben, ist die Lage wieder ruhiger. Die Nachfrage zieht wieder an. Zwar gibt es weiterhin Kurzarbeit – teilweise wird aber schon wieder normal gearbeitet. Entlassungen sind kein Thema.

Walzwerk Finow, Eberswalde: Insolvenzplanverfahren statt Pleite, nach Beratung durch eine spezielle IG Metall-Task-Force. Bank gewährt neues Geld. Die 210 Beschäftigten bleiben an Bord, erhalten Insolvenzausfallgeld. Nachdem sie bereits in den letzten Jahren auf Geld verzichtet haben und nicht noch mehr Opfer bringen wollen, haben sie nun eine Tarifkommission gegründet und fordern die Tarifbindung. Über 80 Prozent sind Mitglied der IG Metall.

Kolbenschmitt, Hamburg, Autozulieferer: Der Standort mit seinen 180 Beschäftigten sollte geschlossen werden. Keine Zukunft, sagt die Geschäftsleitung nach Prognosen eines Instituts. Nach Protesten und Verhandlungen hat die IG Metall jetzt durchgesetzt, dass zunächst weiter Kurzarbeit voll ausgenutzt wird.

Saxas Nutzfahrzeuge, Werdau, Aufbauten für Transporter: Angeblich 90 Prozent Umsatzeinbruch. 250 Leiharbeiter sind schon draußen. Die Geschäftsführung will 70 von 160 fest Beschäftigten entlassen. Mittlerweile sind viele in die IG Metall eingetreten. Die IG Metall fordert Kurzarbeit und eine freiwillige Transfergesellschaft.

Frankenguss, Kitzingen, Autozulieferer: Umsatzeinbruch, Banken verweigern Kredite, obwohl der Betrieb 2008 noch schuldenfrei war. Insolvenz der Vorgängergesellschaft MTK Ende Juni. Nach Verhandlungen gibt es nun 335 statt 809 Entlassungen sowie eine Transfergesellschaft für sechs Monate für die Entlassenen.

Rieter, Ingolstadt, Textilmaschinen: Auftragseinbruch. Ende 2008 kündigte Arbeitgeber den Beschäftigungssicherungs-Tarif und begann mit Entlassungen. Nach zahlreichen Verhandlungen und Versammlungen wurde jetzt die Rücknahme der Kündigungen und stattdessen Kurzarbeit vereinbart. Zudem gibt es eine Transfergesellschaft bei der ausgelagerten Montage »FM Systems«.

Lindauer Dornier, Pfronten, Textilmaschinen: Umsatzeinbruch. Der Stammsitz Pfronten wird geschlossen, die Produktion nach Lindau verlagert. Derzeit laufen Demonstrationen und Verhandlungen, um eine Transfergesellschaft einzurichten und höhere Abfindungen für die Beschäftigten durchzusetzen.

DIE LESER HABEN DAS WORT

Ein echter Rückschritt

metallzeitung 7/2009, Aktuell,
»Umweltpremie aufgestockt«
 »Dass die IG Metall eine Förderung der Abwrackprämie unabhängig vom tatsächlichen Verbrauch propagiert, ist aus meiner Sicht ein echter Rückschritt – auch im ökologischen Anspruch dieser Gewerkschaft. Eine Förderung ohne klare Regeln ist ein Unding. Ich unterstütze andere Vorhaben der Gewerkschaft, wie die zur Leiharbeit oder zum Tarifschutz, doch mit der Abwrackprämie bin ich überhaupt nicht einverstanden.«
Gerhard Meier, per E-Mail

Stimmen zu »Gutes Leben«

metallzeitung 7/2009, Titel,
»Klares Votum – Klarer Auftrag«
 »Als Gewerkschaften haben wir nur geringe bis keine direkten Einflussmöglichkeiten bei der Politik. Doch soviel sei gesagt: Wenn ein dummes Volk dumm

(oder gar nicht) wählt, darf es sich nicht wundern, wenn es dann dumm regiert wird.«

Rudolf Wesselmann,
Bretzenheim/Nahe

»Auf der Titelseite war zu lesen: »Wir brauchen mehr Kinderkrippenplätze, damit beide Elternteile vollzeit arbeiten können.« Wenn ein Familienvater seine Frau und seine Kinder nicht mehr ernähren kann, verdient er zu wenig oder die Steuern sind zu hoch. Politiker sollten die Steuern senken, den Mindestlohn einführen und mit den Steuergeldern sparsamer umgehen. Dann ist die Diskussion über Kinderkrippenplätze überflüssig.«
Hartmut Lange, Warendorf

»Ich hoffe, dass die Ergebnisse der Umfrage etwas bei den Politikern bewirken werden. Auch ich beziehe Hartz IV und habe einen Mini-Job als Verkäuferin in einer

Fleischerei. Es ist keine leichte Arbeit. Ich erhalte vier Euro die Stunde und bringe auch Umsatz. Es wäre schön, angemessen bezahlt zu werden.«

Jacqueline Bernhardt, Deesbach

»Wann traut Ihr Euch endlich, die Abstimmungsergebnisse aller Gewerkschaftsfunktionäre im Bundestag offen zu legen? Wäre doch interessant zu erfah-

ren, wie die Funktionäre bei Hartz IV, der Einführung der Leiharbeit oder der Rente mit 67 abgestimmt haben. Politik ist nun mal verantwortlich. Und Politik ergibt sich in der Gesamtheit aus dem Abstimmungsverhalten eines jedes einzelnen Politikers. Ich wünsche mir eine metallzeitung, die diese Auseinandersetzung nicht scheut.«

Jürgen Jentsch, per E-Mail

MITMACHEN SAGT UNS EURE MEINUNG

Die Redaktion freut sich über Briefe. Vor allem über kurze, damit wir zu vielen Themen die Meinung unserer Leser abdrucken können. Schreibt entweder per Post an **metallzeitung**, Stichwort Leserbriefe, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt, oder per E-Mail an: metallzeitung@igmetall.de. Bitte den Vor- und Nachnamen sowie den Wohnort angeben. Die Redaktion behält sich vor, Briefe zu kürzen. Ihr könnt uns auch über unser Service-Telefon erreichen. Montags bis freitags zwischen 9 und 16 Uhr unter der gebührenfreien Rufnummer:

0800 – 446 38 25

FRAGEN AN DIE REDAKTION

Woher stammen die Ergebnisse?

»Es wäre schon interessant zu wissen, woher Ihr die Informationen habt, wie Gewerkschaftsmitglieder bei der Europawahl gewählt haben – zumal die Wahlen ja geheim sind.«

Rolf Klepping, Gronau/Leine

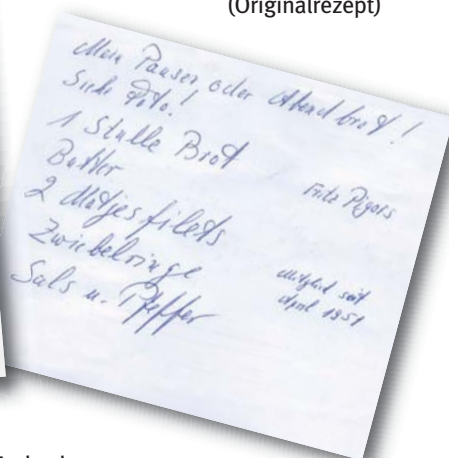
metallzeitung: Die Informationen zur Wahlentscheidung von Gewerkschaftsmitgliedern stammen vom Berliner Forschungsinstitut Infratest Dimap, das insbesondere für die ARD-Wahlberichterstattung arbeitet. Infratest Dimap hat am 7. Juni vor Wahllokalen überall im Land 72 001 Bürgerinnen und Bürger gefragt, welche Partei sie gewählt haben. Man spricht von der sogenannten Wahltagsbefragung. Dabei wird auch nach Alter, Geschlecht, Beruf, Bildungsstand, Religion und der Gewerkschaftszugehörigkeit gefragt. Die Befragung ist natürlich anonym. Die ersten Ergebnisse laufen schon am Wahlabend über die Bildschirme. Weil die Stichprobe von 72 000 Befragten so groß ist, gelten die Ergebnisse als repräsentativ. Zum Vergleich: »Normale« Meinungsumfragen beruhen in der Regel auf höchstens 2500 Befragten. Mehr zur Analyse der Europawahl 2009 unter:

► www.infratest-dimap.de
 → Umfragen & Analysen

Deutschlands Top-Pausenbrot



**Zutaten für die
 »Matjes-Stulle«**
 (Originalrezept)



geschmiert von: Fritz Pigors, 78 Jahre, aus Marbach

MITMACHEN DAS LECKERSTE PAUSENBROT DER IG METALL

Schicke uns Dein Digitalfoto und das Rezept zum Thema: »Pausenbrot«. Egal ob Schwarzbrot, Toast, Fladenbrot oder Knäckebrot. Hauptsache lecker und gesund. Für die Veröffentlichung in der metallzeitung gibt es diesmal als Preis einen 10-Band-Weltempfänger.

Nähere Informationen und die Teilnahmebedingungen zum »Brotwettbewerb« findest Du unter: ► www.igmetall.de/metallzeitung

ZU BESUCH BEI KLAUS FRANZ

»Heimlicher Herrscher des Konzerns« nennen manche Medien ihn anerkennend. Seit gut einem halben Jahr ist Klaus Franz, der Mann an der Spitze der Arbeitnehmervertreter von General Motors in Europa, in der Öffentlichkeit »das Gesicht des Unternehmens«.

Der Opel-Retter



Zwei Männer mit Schnauzbart: Klaus Franz vor dem Firmengründer Adam Opel in Rüsselsheim.

Foto: FM

Um Viertel nach fünf rollt Klaus Franz im schwarzen Opel Insignia durch das Tor des Backsteingebäudes in Rüsselsheim. Er kommt vom Flughafen. Zurück von einem Gespräch mit Bundesarbeitsminister Olaf Scholz.

Termine hatte Franz, der Mann mit blondem Schnauzbart, dessen Gesicht jeder aus dem Fernsehen kennt, in den letzten Monaten reichlich: im Kanzleramt, im Wirtschaftsministerium, mit Ministerpräsidenten, mit Vertretern von General Motors (GM) in den USA. »Meine 35-Stunden-Woche endet mittwochs«, sagt er. Und die Woche dann nach 70 Arbeitsstunden.

Der Schwabe. Als er vom Arbeitsminister zurückkommt, trägt er ein kurzärmeliges schwarzes Polo-Shirt. Eine Krawatte hatte er nicht mit nach Berlin genommen. Schlipse trägt er so gut wie nie. Nicht im Betrieb, nicht bei Tarifverhandlungen oder Fernseh-Interviews – und nicht bei Regierungsterminen.

Die Medien haben den 57-jährigen Vorsitzenden des Konzernbetriebsrats und stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats von GM Europe zum »Herrscher des Konzerns« hochgeschrieben. Er ist ein Herrscher, der bescheiden und absolut uneitel ist. Sein Büro ist mit schlichten grauen Möbeln eingerichtet. In Berlin ist er für 2,20 Euro mit dem Bus vom

Flughafen zum Ministerium gefahren. »Ich bin eben ein Schwabe«, sagt der gebürtige Stuttgarter. Dass sein Bekanntheitsgrad seit der GM-Krise »dramatisch zugenommen hat«, ist ihm klar. Aber zu Kopf gestiegen ist ihm das nicht.

Der Beteiligter. Mit dem Minister hat er darüber geredet, wie die Beiträge steuerlich behandelt werden, die die Beschäftigten für die Sanierung des Unternehmens einbringen. Sie sollen eine Zeit lang auf Einkommen verzichten und erwerben dafür Anteile an Opel. Die Idee der Mitarbeiterbeteiligung, für die Franz sich von Anfang an stark gemacht hat, kommt nicht überall im Konzern gut an. In Bochum kämpfen die Opelaner per Gericht dafür, dass ihnen das Urlaubsgeld ausbezahlt wird, das sie als Sanierungsbeitrag einbringen sollen. Weil sie Angst haben, dass sich ein solches Opfer für sie nicht bezahlt macht. Denn das Unternehmen Magna, das bei Opel einsteigen will, plant, in Bochum –

wie an den anderen Standorten – Stellen zu streichen. »Wir verzichten nur auf Geld, wenn es eine faire Gesamtlösung für alle Standorte gibt«, sagen die Bochumer. Das will auch Franz, der sich von Anfang an für den Kandidaten Magna ausgesprochen hatte. Dass ihm das Rüsselsheimer »Hemd« näher sei als der deutsche oder der europäische »Rock«, lässt er sich nicht vorwerfen. »Meine Devise ist: Share the pain« – das unvermeidbare Leiden fair teilen.

Der Mensch. Leiden – das müssen die Opelaner seit neun Monaten. Immer neue Spekulationen, Hängepartien, die Unsicherheit – »Das alles ist unerträglich. Frauen, Kinder – die ganzen Familien leiden.« Der Mensch Klaus Franz ist verheiratet und hat selbst Familie. Er fühlt mit. Auch wenn seine Söhne erwachsen und – der eine als Entwicklungshelfer in Nicaragua, der andere in einer Werbeagentur – finanziell nicht mehr auf ihn angewiesen sind. Täglich gehen an

die 150 E-Mails in den Betriebsratsbüros ein. Von besorgten Opelanern, die wissen wollen, wie es weitergeht. Die Betriebsräte antworten, sobald sie was erfahren – per Intranet oder in Flugblättern.

Der Manager. Als Franz, gelernter Drogist, 1975 als Autolackierer bei Opel anfang, wollte er »dem Proletariat zum Glück verhelfen«. Heute empfindet er es nicht als Schimpfwort, wenn ihn jemand als Co-Manager bezeichnet. »Wir haben eine verdammt hohe Verantwortung. Wenn Menschen wegen Managementfehlern hilflos dastehen, muss sich der Betriebsrat kümmern.« Seit 1993 hatte Klaus Franz schon oft Gelegenheit, sich als Krisenmanager bei Opel zu bewähren. Er tut das mit Überzeugung. »Schützen ist wichtig. Aber gestalten genauso. Und es gibt immer Alternativen.«

Warum er das »Gesicht Opels« ist und nicht etwa die Manager Demant und Forster, ist für ihn leicht zu erklären. »Weil ich konsequent die Interessen der Beschäftigten, des Unternehmens und der Marke Opel nach vorne trage, weil ich harte Konflikte mit GM eingegangen bin und früh klare Position bezogen habe.« Und außerdem: »Betriebsräte können Menschen besser durch die Krise führen als Manager – weil sie das Vertrauen der Belegschaft haben.« ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

Der »grüne« Automann

Seit 1975 ist Klaus Franz, 57, bei Opel und in der IG Metall ... seit 1981 Betriebsrat ... seit 2000 Gesamt- und Konzernbetriebsratsvorsitzender und Vorsitzender der Arbeitnehmervertretung »Europäisches General Motors Arbeitnehmerforum« ... seit 2003 stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender bei GM Europe. 1989 bis 1993 Ausflug in die Politik: Als Parteiloser auf dem »Ticket« der Grünen im Rüsselsheimer Magistrat (Stadtparlament).

RECHT SO

Aus Zeit wird Geld für den Vorruhestand

Viele Arbeitgeber bieten Zeitwertguthaben als Sparmodelle für einen vorgezogenen Ruhestand an. Doch was passiert mit solchen Langzeitkonten, wenn das Beschäftigungsverhältnis endet oder Arbeitnehmer keine neue Stelle finden?

Carsten Schuld: Seit 1. Juli sind angesparte Wertguthaben besser geschützt. Beschäftigte können jetzt bei einem Arbeitgeberwechsel ihre Lebensarbeitszeitkonten auf die Deutsche Rentenversicherung übertragen lassen. Schon seit Anfang Januar kann das angesparte Guthaben auf einen neuen Arbeitgeber übertragen werden. Vor dieser Gesetzesänderung verlief das Guthaben, wenn der neue Arbeitgeber nicht bereit war, dieses zu übernehmen oder jemand keine neue Stelle gefunden hatte.

Das neue Gesetz. Es gilt nur für echte Zeitwertkonten mit einem Wertguthaben für den vorgezogenen Ruhestand. Echte Wertguthaben dienen der geplanten längerfristigen Freistellung von der Arbeit und müssen als Entgeltguthaben aufgebaut sein.

Hierfür ist eine vertragliche Vereinbarung und eine Zeitwertkontengarantie des Arbeitgebers notwendig. Die Wertguthaben können aus dem laufenden Entgelt, aus Einmalzahlungen oder Überstunden aufgebaut werden. Die so angesparten Wertguthaben »fließen« dem Arbeitnehmer nicht direkt zu und sind daher zunächst steuer- und sozialabgabenfrei.

Gleiches gilt bei Übertragung auf die Deutsche Rentenversicherung. Die Kasse verwaltet dann das Wertguthaben als »Treuhand«. Die angesparten Beiträge zahlt die Rentenkasse bei einer späteren Freistellung oder bei Teilzeit aus. Dann werden auch Steuern und Sozialversicherungsbeiträge fällig.

Auch der Insolvenzschutz von Wertguthaben wurde durch das »Gesetz zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Absicherung flexibler Arbeitszeitregelungen« (»Flexi-II-Gesetz«) verbessert: Sorgt der Arbeitgeber nicht für eine Sicherung im Insolvenzfall, haftet er oder der Geschäftsführer persönlich für einen Schaden. ■



Carsten Schuld ist Jurist beim DGB-Rechtsschutz. Er beantwortet hier jeden Monat Eure Fragen.

Foto: Olaf Döring

Weitere Fragen zum »Flexi-II-Gesetz«?

Die zuständige Verwaltungsstelle der IG Metall hilft weiter.

- ▶ www.igmetall.de → IG Metall vor Ort
- ▶ www.dgbrechtsschutz.de

KRANKENRÜCKKEHRGESPRÄCH

Was darf mich der

Nicht selten passiert es, dass Beschäftigte nach einer Erkrankung ins Büro des Vorgesetzten gebeten werden. Und immer wieder kommt es vor, dass Unternehmen Angaben über die Art der Krankheit von ihren Beschäftigten erfragen und speichern.

Frage: Was ist ein Krankenrückkehrgespräch?

Antwort: Das ist ein Gespräch, das der Vorgesetzte mit dem Beschäftigten nach Rückkehr aus der Arbeitsunfähigkeit führt. In vielen Betrieben werden dazu systematische Fehlzeiten erfasst und den Arbeitsbereichen zugeordnet. Häufig wird ein standardisiertes Stufenmodell mit mehreren Gesprächen, festgelegten Gesprächsstrukturen, Dokumentation und Protokollierung entwickelt. Sie werden auch Mitarbeiter-, Sozial-, Fürsorge-, Rückkehr- oder Fehlzeitengespräch genannt.

Frage: Müssen Arbeitnehmer an so einem Gespräch teilnehmen?

Antwort: Nur, wenn es dazu eine betriebliche oder formlose Vereinbarung (Regelungsabrede) mit dem Betriebsrat gibt. Krankenrückkehrgespräche sind mitbestimmungspflichtig. Betroffene sollten sich bei ihrem Betriebsrat erkundigen, was zum Krankenrückkehrgespräch vereinbart wurde.

Frage: Kann beim Gespräch eine Vertrauensperson teilnehmen?

Antwort: Arbeitnehmer haben das Recht, ein Betriebsratsmitglied hinzuzuziehen. Schwerbehinderte Menschen können (und sollten) sich auch an die Schwerbehindertenvertrauensperson wenden. Dieses Recht besteht auch dann, wenn es in der Betriebsvereinbarung nicht ausdrücklich vorgesehen ist.

Frage: Muss dem Arbeitgeber während oder nach der Arbeitsunfähigkeit eine Auskunft über die Krankheitsursache gegeben werden?

Antwort: Nein. Die Art der Krankheit und ihre medizinische Ursache gehen den Arbeitgeber nichts an. Die Frage nach dem Gesundheitszustand ist zwar erlaubt, muss aber nicht beantwortet werden. Wegen der Geschlechterdiskriminierung unzulässig ist die Frage nach einer Schwangerschaft oder deren Planung. Ausnahme: Die Schwangerschaft beeinflusst die Ausübung des Berufs.

Frage: Darf der Vorgesetzte die Aufhebung der ärztlichen Schweigepflicht verlangen?

Antwort: Nein. Auch nicht durch den Betriebsarzt.

Frage: Was darf der Arbeitgeber fragen?

Antwort: Er darf nach der voraussichtlichen Dauer der Krankheit fragen, zum Beispiel wegen der Berechnung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Und, ob die Erkrankung auf betriebliche Bedingungen zurückzuführen ist – im Hinblick auf eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Beispielsweise bei gesundheitsgefährdenden Materialien oder bei Erkrankungen aufgrund von schlechtem Arbeitsklima oder bei Mobbing. Bei einem Arbeitsunfall sind Betriebe verpflichtet, diesen bei der Berufsgenossenschaft anzuzeigen. In solchen Fällen darf der Vorgesetzte Fragen zum Unfallhergang und zur Ursache stellen.

Aber Achtung: Keine Aussagen über das Privatleben oder gar dessen Einfluss auf die Gesundheit, sondern nur arbeitsplatzbezogene machen. Aber keinesfalls private Verhältnisse ausplaudern. Solche Fragen sind unzulässig und ihre Beantwortung nicht ungefährlich.

Chef fragen?



Foto: Erwin Wodicka / Bilderbox.com

Beim Rückkehrgespräch nur arbeitsplatzbezogenen Aussagen machen.

Frage: Muss beim Krankenrückkehrgespräch ein Protokoll geführt werden?

Antwort: Ein Zwang dazu besteht nicht, es sei denn, eine Betriebsvereinbarung sieht dies vor. Im eigenen Interesse ist eine schriftliche Zusammenfassung des Gesprächs durchaus sinnvoll. Die Datenverarbeitung durch den Vorgesetzten ist

nach dem Bundesdatenschutzgesetz unzulässig. Rechtlich »notwendig« sind für den Arbeitgeber nur Informationen über die Fehlzeiten selber.

Unser Tipp: Schriftliche Protokolle genau durchlesen – besser noch, vom Betriebsrat überprüfen lassen – aber nicht unterschreiben. Hierzu sind Arbeitnehmer nicht verpflichtet. Zudem eine Kopie des Protokolls verlangen.

Unser Tipp

Nicht alles ausplaudern

Gegen ein »Willkommensgespräch« zur Genesung ist nichts einzuwenden. Nicht selten entwickeln sich diese aber zum Verhör.

Eingeschüchtert beantworten genesene Beschäftigte dann oft sogar unzulässige Fragen vom Chef.

Betroffene erhalten beim Betriebsrat oder ihrer zuständigen IG Metall-Verwaltungsstelle Auskunft und Beratung über ihre Rechte.

Frage: Wie können sich betroffene Arbeitnehmer vor Nachteilen schützen?

Antwort: Eine gute Gesprächsvorbereitung hilft, mögliche Nachteile zu verhindern und sich nicht einschüchtern zu lassen. Denn: Ein Krankenrückkehrgespräch kann unter Umständen auch die Grundlage für eine Abmahnung, Versetzung oder Kündigung sein. Darum ist Vorsicht geboten. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de

Faltblatt der IG Metall »Keine Jagd auf Kranke: Eingliedern statt kündigen« und Broschüren gibt es unter:
► www.igmetall.de/metallzeitung

WAS MICH BESCHÄFTIGT ...

Widerstand mobilisieren mit Bildung und Büchern

metallzeitung sprach mit Klaus Dera. Als Gewerkschaftsdozent ist er in Rente. Er leitet aber weiterhin Seminare und schreibt.

metallzeitung: Als Lehrer im Bildungszentrum Hustedt in Rente. Aber weiter IG Metall-Seminare?

Klaus Dera: Weshalb sollte ich etwas von heute auf morgen einstellen, was ich mit Überzeugung mache? Vom »süßen Rentnerleben« können nach dem Reformeifer der Regierungsparteien ja ohnehin immer weniger Menschen träumen. Zum Widerstand mobilisieren – das beschäftigt mich nach wie vor.

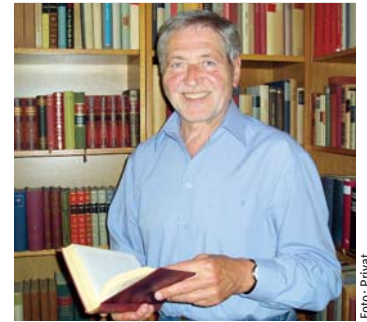


Foto: Privat

Klaus Dera: Gewerkschaftslehrer und Autor (»Falschwörterbuch«), früher Setzer und Werbedesigner.

metallzeitung: Du hast oft neue Wege beschritten. Unter anderem haben Beschäftigte und Manager des VW Presswerks Wolfsburg bei Dir in »Zukunftswerkstätten« gleichberechtigt zusammengearbeitet. Wie ging das? Und was hat es gebracht?

Dera: Zunächst die Sicherung der Arbeitsplätze. Das Presswerk war damals bei der Produktivität auf einem hinteren Platz im Konzern. Das Management hatte bereits alles mögliche versucht. Wir haben sie dann davon überzeugt, an den »Zukunftswerkstätten« teilzunehmen – und den

Beschäftigten Gelegenheit zu geben, als Experten selbst Ideen zu entwickeln, ihre tägliche Arbeit produktiver zu gestalten. Nach einem Jahr war das Presswerk auf einem der vordersten Plätze.

metallzeitung: Was ist Dir in der gewerkschaftlichen Bildung besonders wichtig?

Dera: Gesellschaftspolitisches Zusammenhangswissen. Betriebliche Entscheidungen müssen in immer komplexere Prozesse eingeordnet werden. Sonst wird Betriebsratsarbeit betriebsblind. ■

Dirk.Erb@igmetall.de

Olaf Ostwald träumt von der Kanu-WM

Was Olaf Ostwald tut, macht er mit Leidenschaft. Beruflich ist der Metaller Betriebsrat und Vertrauenskörperleiter bei der Eisengießerei Harz Guss Zorge. Seine Freizeit verbringt der Schichtarbeiter und verheiratete Vater einer Tochter mit seinem Kanu auf dem Wasser. Dieses Jahr hat er schon mehrere Medaillen eingesammelt. Beim Deutschen Kanumarathon holte er Bronze. Bei der Deutschen Meis-



Foto: Privat

Kanute Olaf Ostwald hat schon viele Medaillen geholt.

terschaft in Wiesbaden-Schierstein belegte er den zweiten Platz über 500 Meter Vierer. Sein

größter sportlicher Erfolg war der dritte Platz bei den Europameisterschaften 2007 in Polen. Jetzt träumt Olaf Ostwald davon, an den Kanuweltmeisterschaften im September in Australien teilzunehmen.

»Vielleicht klappt es bis dahin noch mit einem Sponsor«, hofft Ostwald. ■

Martina.Helmerich@igmetall.de

LAUT UND LEISE

Buch: Migranten erzählen

Zwischen 1955 und 1968 unterzeichnete Deutschland mit verschiedenen Ländern das »Abkommen zur Anwerbung und Vermittlung von Arbeitskräften« und die ersten »Gastarbeiter« kamen ins Land. Damals waren sie Arbeitnehmer auf Zeit. Heute sind sie – auch nach mehreren Generationen – »Ausländer«. In ihrem Buch »(Nicht) Auf Augenhöhe?« haben der Metalller Bernardino Di Croce, Sozialwissenschaftler Manfred Budzinski und der Verein Migration & Integration die Lebenswirklichkeit von Migranten der zweiten Generation untersucht und zusammengetragen.



► **Di Croce/Budzinski/Verein Migration & Integration in der Bundesrepublik Deutschland (Herausgeber): »(Nicht) Auf Augenhöhe?«. Von Loeper Literaturverlag, 2009. 176 Seiten, 14 Euro.**

DVD zur Bundestagswahl

Eine DVD der DGB-Jugend will Auszubildenden und jungen Arbeitnehmern, aber auch Schülern den Umgang mit der Bundestagswahl erleichtern. In Filmen werden die Positionen der Parteien exemplarisch gegenübergestellt und die Unterschiede an den Themenfeldern Mindestlohn, Jugendarbeitsschutz und Ausbildung verdeutlicht. Hierfür wurden mit je einem Vertreter der fünf wichtigsten Parteien Einzelinterviews geführt und zusammengeschnitten.

Zudem erzählen verschiedene Künstler, warum sie die DGB-Aktion »Kein Bock auf Nazis« unterstützen sowie Tipps für den Umgang mit Nazis. Die DVD kostet 14,90 Euro plus Versand. Bestellung ist online möglich über:

► www.wahl-film.de



NEUER INTERNET-AUFTRITT

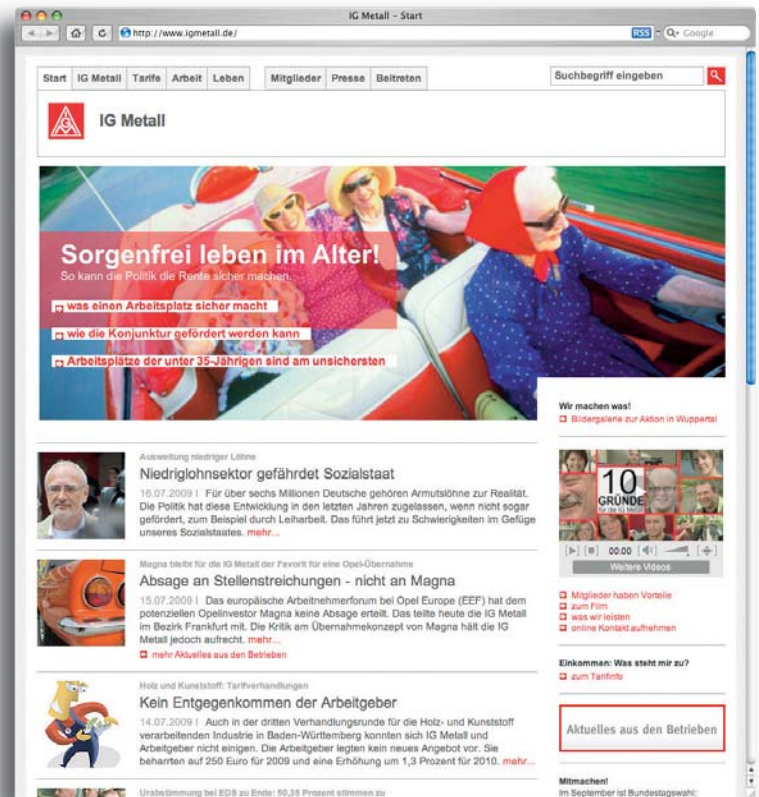
Die IG Metall im Netz

Schon gemerkt? Die Internetseiten der IG Metall sind seit ein paar Wochen frischer und übersichtlicher. Auf dieser Plattform können sich Metalller und andere Interessierte informieren. Der neue Auftritt hat mehr zu bieten – vor allem für Mitglieder.

Die Internetseite www.igmetall.de ist komplett neu. Seit Anfang Juli präsentiert sie sich aktueller, übersichtlicher und serviceorientiert. So will die IG Metall mehr Personen mit ihrem Angebot erreichen. Besonders auch Nichtmitglieder, die nun einen möglichst einfachen Zugang zur IG Metall bekommen.

Einfache Navigation. Die Navigation der Seite ist übersichtlich: Startseite, IG Metall, Tarife, Arbeit und Leben sind die thematischen Bereiche. Ihnen sind bestimmte Farben zugeordnet. Daneben gibt es Angebote für einzelne »Zielgruppen« wie zum Beispiel die Mitglieder und die Presse. Selbstverständlich gibt es auch weiterhin den direkten Link zum Online-Beitritt. Und eine Serviceleiste am Ende jeder Seite führt schnell zur gewünschten Information.

Mehr Mitglieder-Service. Auf der neuen Seite gibt es auch einen Bereich speziell für IG Metall-Mitglieder. Hier können sie sich ganz einfach einloggen. Man benötigt nur die Mitgliedsnummer, die auch auf dem Mitgliedsausweis steht sowie eine E-Mail-Adresse. Und schon gibt es auch online mehr: Kostenloser Download von Ratgebern, etwa zu Arbeitsverträgen oder zum Thema Mobbing, und auch solche nützliche Extras wie zum Beispiel den neuen Bundesligaspielplan. Die Auswahl und die Anmeldung zu Seminaren ist jetzt attraktiver und einfacher als jemals zuvor. Zusätzlich erfahren Mitglieder hier von Aktionen der IG Metall und können den IG Metall-Newsletter bestellen. Wer sich hier einträgt, hat auch schon einige Tage vor Erscheinen Zugriff auf die neue **metallzeitung**.



Sich schlaue klicken im neuen IG Metall-Internet

Die neue Seite lädt mit vielen weiteren Extras zum Klicken ein. Sei es das Quiz zum aktuellen Top-Theme, das immer mal wieder auf der Startseite auftaucht, oder der »einarmige Bandit«, der auf spielerische Art vermittelt, worin das Kapital unserer Gesellschaft besteht. Wie die IG Metall aufgebaut ist, warum es mit Betriebsrat besser ist oder wie eine Tarifrunde abläuft, vermitteln kleine Animationen. Auch Videos gibt es auf der neuen Seite. Mitglieder er-

klären dort, warum es sich lohnt, dabei zu sein. Zehn gute Gründe, die für die IG Metall sprechen, sind hier in individuelle Wortbeiträge gepackt.

Information und Emotion. »Ein Bild sagt mehr als tausend Worte«, das gilt auch für das Internet. Wer die Seite www.igmetall.de aufruft, sieht das Top-Theme mit einem großen Bild prominent oben auf der Startseite. Darunter findet man die wichtigsten Meldungen, auch hier immer mit Bildern kombiniert.

»Die Auswahl der Fotos ist wichtig für uns«, sagt Heike Neumeister, die verantwortliche Redakteurin des neuen Auftritts. »Sie sollen positiv wirken, unsere Botschaft unterstützen und dürfen auch überraschend oder witzig sein.«

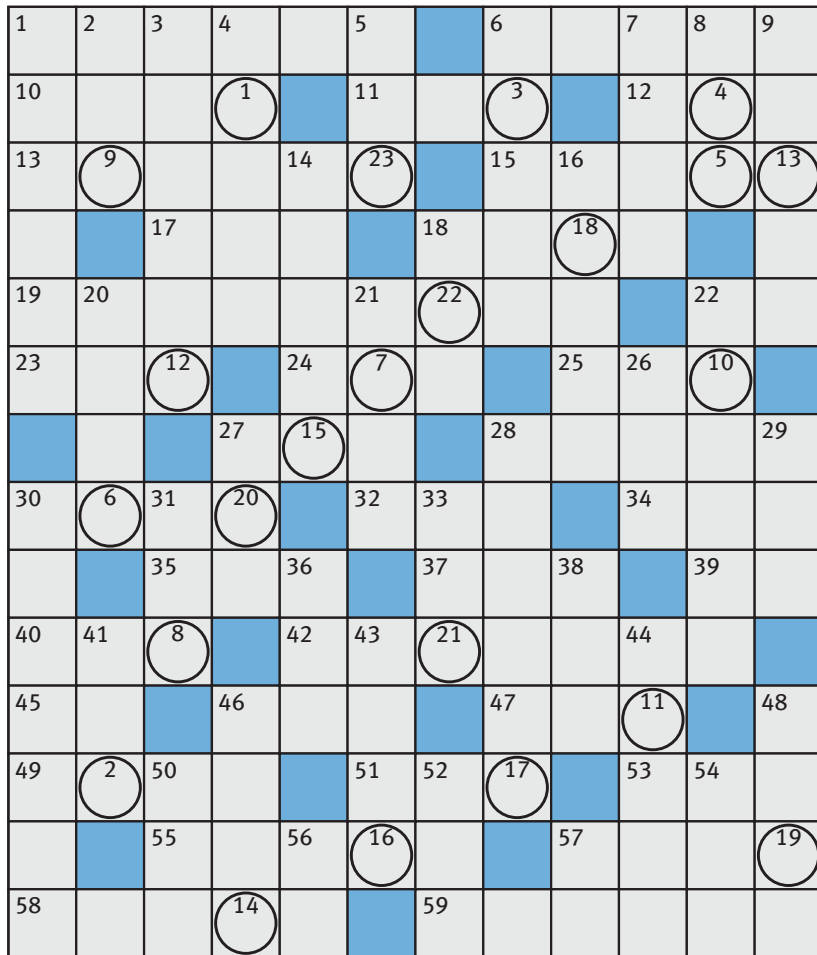
Dieter.Wesp@igmetall.de

Schreibt Eure Meinung

■ Ihr habt Fragen zum neuen Internetauftritt oder wollt Anregungen oder Kritik zum Netz loswerden? Dann Schreibt uns an:

► internet@igmetall.de

RÄTSEL



Lösungswort:

1	2	3	4		5	6	7	8	9	10		11	12	13	14	15	16
17	18	19	20	21		22	23										

WAAGERECHT

- 1 Versicherungsschein
- 6 moralische Gesinnung
- 10 Gefährte Evas im Paradies
- 11 Bogen (frz.)
- 12 Ausruf des Erstaunens
- 13 steuern, manövrieren
- 15 gebogen, nicht gerade
- 17 Abkürzung für den US-Staat Delaware
- 18 lang, ausgedehnt
- 19 Test-EDV-Programme
- 22 Autokennzeichen von Karlsruhe
- 23 Niederschlag
- 24 sehr wichtige Person (engl., Abk.)
- 25 Nebenfluss der Weichsel
- 27 chemisches Element
- 28 Kochvorgang
- 30 dritter Sohn Adams
- 32 Fußballtreffer
- 34 Abkürzung für: Million
- 35 russische Stadt am Südufer
- 37 rhythmischer Sprechgesang
- 39 chemisches Zeichen für Platin
- 40 Mann (englisch)
- 42 Stadt im Ruhrgebiet
- 45 Abkürzung für: Public Relations
- 46 amer. ugs.: Polizist
- 47 internationales olympisches Gremium (Abkürzung)
- 49 bleich, blass, farblos
- 51 Vorfahr
- 53 Abkürzung für: Adresse
- 55 Knoblauchsoße
- 57 internationales Rohstoffkartell (Abk.)
- 58 Verstand (ugs.)
- 59 klein kariertes Gewebe

SENKRECHT

- 1 schlossartiges Gebäude
- 2 feierliches Gedicht
- 3 Stadt in der Pfalz
- 4 Bienezüchter
- 5 Europ. Artikelnummerierung (Abk.)
- 6 Buchenfrucht
- 7 natürliche Körperhülle
- 8 Physiker † (Georg S.)
- 9 Turniertanz aus dem lateinamerik. Programm
- 14 Ballett- oder Schauspielschüler
- 16 Stadt an der Mittelelbe
- 18 Internetzugang (Abk.)
- 20 unterer Beinteil vom Kalb oder Schwein
- 21 Lokalbesitzer
- 22 Begründer der Wasserkur † (Sebastian)
- 26 mittellos
- 27 Währungscode für Schweizer Franken
- 28 überbackenes Gericht (frz.)
- 29 Zustand der Bedrängnis
- 30 morastig, wasserdurchtränkt
- 31 Handlungsweise
- 33 Dorf, kleine Gemeinde
- 36 Dauerbezug (Kurzwort)
- 38 das Für
- 41 Langschwanzpapagei
- 43 Halbedelstein
- 44 Kurzhalsgiraffe
- 46 kurzer Videofilm (Kurzwort)
- 48 Schwertwal
- 50 Raubfisch
- 52 modern, zeitgemäß (engl.)
- 54 eines der Mainzelmännchen
- 56 Autokz. von Osnabrück
- 57 Abk. für: Operationssaal

Die Gewinner im Juni

Lösungswort:

Besser statt billiger

Erster Preis:

Einen »Bosch-Akku-Schrauber IXO« mit Lithium-Ionen-Technologie
José Garcia-Quilon, Bad Nauheim

Zweiter Preis:

Eine »GuBe-Venenwippe«
Gertrud Meggenrieder, Aystetten

Dritter Preis:

Ein IG Metall-Fußball »Derbystar«
Gerhard Maurer, Ottweiler

Einsendeschluss:

24. August 2009

Die Preise im August



Erster Preis

Eine »Picard-Rindledergeldbörse«, Modell »Toscana«



Zweiter Preis

Ein »Herbertz Multitool« mit Bitsatz und Gürtel-Lederetui



Dritter Preis

Eine Baseballkappe von Porsche-Design, Kollektion »Martini Racing«

Bitte das Lösungswort unter Angabe von Vor-, Nachname und Adresse auf eine Karte schreiben und per Post an: Redaktion **metallzeitung**, Preisrätsel, **60244** Frankfurt. Oder per E-Mail an: **raetsel@igmetall.de**

DA GEHT WAS

Twitter, Podcasts, Blogs und Co.

Es gibt immer mehr Wege im Internet, über die sich Mitglieder, Vertrauensleute und Betriebsräte der IG Metall austauschen können. Moderne Informationskanäle und Soziale Netzwerke wie Twitter ergänzen die Kommunikation. Nicht nur junge Leute und technikversierte Ingenieure fahren auf diese neuen Medien ab. Besonders in Krisensituationen zeigen sie ihre Stärken.



Junge Leute lieben schnelle Information und bewegte Bilder. Das Surfen im Internet ist für sie eine Selbstverständlichkeit. Auch immer mehr Gewerkschaftsmitglieder bilden Soziale Netzwerke im Internet.

Metaller verabreden sich über Twitter zum nächsten Streiktag. Über die Internetplattform »Wer kennt wen« bilden sich Fahrgemeinschaften zur Arenaveranstaltung am 5. September nach Frankfurt. All das ist schon Realität in der IG Metall und zeigt, dass das Internet völlig neue Kontaktmöglichkeiten unter Metallern anbahnt.

Angefangen hatte die rasante Entwicklung mit dem Aufkommen des Internets. 2001 bildete sich mit www.worker-wheels.de mit das älteste Netzwerk innerhalb der IG Metall. Zielgruppe: Gewerkschafter, die gerne Motorrad fahren. Inzwischen haben diese Internetmarktplätze Einzug in vielen Bereichen der IG Metall-

Welt gehalten. Immer mehr Arbeitskreise entdecken den kommunikativen Mehrwert von Netzwerken im Internet. Aktuell sind betriebliche Netzwerke für Beschäftigte von Airbus, Dräger und der Kittner-Gruppe im Aufbau. Diese werden alle bei der IG Metall verwaltet oder gehostet.

Bekanntester Treffpunkt im Internet ist das Portal [\[kennt-wen.de\]\(http://kennt-wen.de\), bei dem einige tausend Metaller in verschiedenen Gruppen aktiv sind. Da gibt es Soziale Netzwerke bei großen Firmen wie MAN und Thyssen-Krupp oder gebildet nach Regionen und Themen wie dem »Frankfurter Appell«. Die Gruppen wachsen im Schneeballprinzip, indem die IG-Metaller Bekannte und Kollegen einladen.](http://www.wer-</p>
</div>
<div data-bbox=)

Neue Kommunikationswege für Metaller

- Bei Sozialen Netzwerken wie »Wer kennt wen« (Abkürzung wkw) gibt es IG Metall-Gruppen nach Betrieben, Regionen und Themen.
- Bei Twitter (Englisch für »Zwitschern«) können Benutzer kurze Texte senden, Beispiel www.twitter.com/gutesleben.
- Blogs sind Tagebücher im Internet mit Kommentarfunktion.
- Podcasts sind Audio- oder Videodateien zum Herunterladen.

Ein relativ neues Medium für die IG Metall ist Twitter. Über Twitter können Textnachrichten von maximal 140 Zeichen an eine Gruppe verschickt werden. So wurde beim Streik des Computerdienstleisters EDS getwittert. Aktuell werden Infos zur IG Metall-Kampagne »Gemeinsam für ein gutes Leben« über diesen neuen Informationskanal verschickt (www.twitter.com/gutesleben).

Podcast und SMS-Dienste. Die IG Metall Baden-Württemberg bietet schon seit zwei Jahren Podcasts an, das sind kurze Filme zum Herunterladen unter: www.bw.igm.de/extra/podcast. Die Podcasts gibt es zu aktuellen Ereignissen oder Themen. Großen Zuspruch findet auch der SMS-Service der IG Metall Baden-Württemberg, der für die Dauer von Tarifrunden aktiviert wird. Auf der Homepage meldet man sich mit seinen Mitgliedsdaten an und landet auf dem SMS-Verteiler. Per SMS erhält man etwa das aktuelle Verhandlungsergebnis. »Junge Leute und potenzielle Mitglieder sind mit dieser Technik aufgewachsen, vor allem bildorientierte Angebote kommen bei ihnen gut an«, sagt Kai Bliesener, Pressesprecher der IG Metall Baden-Württemberg.

Schnell und kostengünstig. Mit dem Internet haben sich für Metaller neue Kanäle aufgetan. »Das wird weiter zunehmen«, glaubt Thomas Bohlender, Betriebsrat bei Schuler, »denn die neuen Medien sind schnell, einfach und kostengünstig.« Aber Vorsicht: Verbraucherschützer raten, die Geschäftsbedingungen beim Anmelden gut zu studieren und mit persönlichen Daten zu geizen. ■

Martina.Helmerich@igm.de

DIE GUTE IDEE

Streikende bei EDS renovieren Kindergärten

Fünf Wochen Streik beim IT-Dienstleister EDS: Streikende setzen ihre Arbeitskraft für soziale Zwecke ein – und arbeiten für Kinder.

Anfang Juli. Der Streik beim IT-Dienstleister EDS gegen die Kahl-schlagpläne der Konzernmutter Hewlett-Packard ist vorbei (Seite 7). Auf dem neu hergerichteten Bolzplatz der Elterninitiative »Kita Zwergenburg« in Wuppertal spielen wieder Kinder. Trotz Regen.

Eine Woche zuvor: 40 EDS'ler in gelben Streikwesten roden Gestrüpp, planieren den Bolzplatz, reparieren Schuppen und streichen Fenster. Andere entrümpeln und streichen ein paar Kilometer weiter in der Kindernotaufnahme.

»Wir wollten unsere Arbeitskraft für etwas Sinnvolles einsetzen«, erklärt EDS'ler Martin Geis. »Für andere, denen es schlechter geht als uns.« Die Streikenden haben einfach bei der Stadt nachgefragt, wo Arbeit nötig – aber kein Geld da ist.

Am gleichen Tag renovieren in Schweinfurt 20 EDS-Streikende einen katholischen Kindergarten, streichen Türen und decken das Gartenhaus mit Dachpappe. Auch als Dank an den Pfarrer, der zum Werk gekommen war und sich solidarisch mit den Streikenden erklärt hat.

Bremer hatten die Idee. Die EDS'ler in Bremen, die als erste die Idee hatten, im Streik für Kinder zu arbeiten, gehen jetzt noch weiter: Nachdem sie bereits mit 70 Leuten in der Kindertagesstätte »Zwergenland« neu tapeziert und den Garten instand gesetzt haben, spenden sie nun Geld für die Kita. Geld, das sie für Streik-Notdienstarbeiten beim EDS-Kunden ArcelorMittal erhalten haben.

»Wir wollen dafür kein Geld, wir sind keine »Streikbrecher«, betont Streikleiter Thorsten Ruhland. »Wir wollten nur dem Kunden helfen, bei dem sonst die Maschinen stehen geblieben wären.« So kommen noch mal 3000 Euro plus fast 600 Euro Spenden vom Sommerfest der IG Metall Bremen für die Kita zusammen. Die Kindergärten sind begeistert: »Fitte, nette Leute, saubere Arbeit«, sagt Simone Derr, Leiterin der Kita in Schweinfurt – und fügt augenzwinkernd hinzu: »Schade, dass der Streik vorbei ist: Wir hätten noch mehr Arbeit.« ■

Dirk.Erb@igmetall.de

Bilder der Kita-Aktion und mehr:

► www.igmetall.de/metalzeitung



Foto: IG Metall

EDS-Streikende renovieren den Kindergarten St. Michael in Schweinfurt.

ORGANIZING

»Organizing« steht vor allem für Bewegung

Was bedeutet eigentlich »Organizing«? Jeffrey Raffo erzählt worum es dabei geht und sucht Unterstützung.

metallzeitung: Die IG Metall beginnt demnächst mit ihren sogenannten Organizing-Kampagnen. Was genau versteht man unter Organizing?

Jeffrey Raffo: Der Begriff »Organizing« beschreibt eigentlich die Basisarbeit von Gewerkschaften. Während der Gründungsphase der IG Metall musste man ja schon damals viel »organisieren«, und darum geht's heutzutage auch: Darum, wie wir eine Gewerkschaftsbasis in unorganisierten sowie schwach organisierten Bereichen aufbauen. Auch wenn das heutzutage natürlich unter anderen Bedingungen läuft. Organizing ist auch intensive Kampagnenarbeit, mit der wir als Gewerkschaft in die Offensive kommen und vor allem Mitglieder und Nicht-Mitglieder beteiligungsorientiert mobilisieren wollen. Organizing ist Bewegung.

metallzeitung: Dafür sucht Ihr mehrere Organizing-Sekretäre. Wie sieht diese Tätigkeit aus?

Raffo: Den Organizing-Sekretären bieten wir eine kompakte Ausbildung mit verschiedenen Schwerpunkten. Beispielsweise



Foto: Michael Schinke

Jeffrey Raffo koordiniert in der IG Metall das Projekt »Organizing«.

in Sachen Direkte Kommunikation und Betriebskartierung. Da decken wir mit der Abteilung »Mitglieder und Kampagnen« in Frankfurt viel ab, arbeiten aber auch mit anderen Bereichen zusammen. Die Organizing-Sekretäre arbeiten aber vorrangig in den Verwaltungsstellen und in den Betrieben. Für diese Tätigkeit setzen wir auf Vorkenntnisse. Gut ist, wenn man Erfahrung hat beim Aufbau von gewerkschaftlichen Strukturen oder bei Betriebserschließungen. Denn wir werden es mit Belegschaften zu tun haben, die noch nicht viel Berührung mit der IG Metall hatten. ■

Ilka.Grobe@igmetall.de

UNTERSTÜTZUNG GESUCHT

Wir suchen ab dem **1.12.2009** – befristet für die Dauer von 3 Jahren

Projektsekretärinnen/Projektsekretäre mit dem Schwerpunkt Organizing.

Unser Angebot:

- Abwechslungsreicher Einsatz in verschiedenen Verwaltungsstellen der IG Metall
- Intensive Ausbildung vor dem Projektstart und gezielte Weiterbildung
- Einen Beruf mit spannenden Aufgaben bei Ansprache von neuen Mitgliedern und Aufbau von gewerkschaftlichen Strukturen vor Ort
- Mitarbeit bei politischen Kampagnen zu Betriebserschließungen
- Von hoher Selbstständigkeit gekennzeichneter Arbeitsablauf

Haben wir Dein Interesse geweckt?

Die vollständige Stellenausschreibung findest Du unter:

www.igmetall.de --> **Stellenangebote**

Kurzarbeitergeld-Rechner

Die Bundesagentur für Arbeit hat einen Kurzarbeitergeld-Rechner entwickelt. Mit dem Online-Kalkulator können Arbeitnehmer auf einfache und schnelle Weise das zu erwartende Arbeitsentgelt (Nettolohn) bei Kurzarbeit individuell ermitteln. Bei der Berechnung nicht berücksichtigt werden steuerliche Besonderheiten wie Freibeträge oder dergleichen. Der Kug-Rechner im Netz unter:

► <http://kugrechner.arbeitsagentur.de/>

Arbeitsfähigkeit testen

Über welche Potenziale verfüge ich? Wie gut erfülle ich die Anforderungen im Beruf? Welche Balance von Arbeit und Privatleben passt zu mir? Diese Fragen beantwortet der »SelbstCheck Beschäftigungsfähigkeit« der Technologieberatungsstelle (TBS) in Nordrhein-Westfalen. Über einen Online-Fragebogen erkunden Arbeitnehmer aller Branchen ihre Potenziale, ihre Stärken und Grenzen. Zudem wird aufgezeigt, wie die eigene Beschäftigungsfähigkeit zu verbessern ist. Die Nutzung ist kostenfrei. Die gemachten Angaben und Daten unterliegen dem Datenschutz und werden nicht an Dritte weitergegeben.

► www.tbs-nrw.de
 → Online-Check
 → SelbstCheck

111 Tipps für Arbeitslose

Immer wieder ändern sich die gesetzlichen Bestimmungen bei der Arbeitslosenversicherung. Der Ratgeber »111 Tipps für Arbeitslose – Arbeitslosengeld I« gibt Orientierung und zeigt Erwerbslosen, wie sie an sämtliche Leistungen kommen, die ihnen zustehen. Praktische Checklisten, Musterbriefe und Tipps zum Ausfüllen von Formularen erleichtern den Umgang mit den Behörden. Die Neuauflage enthält zudem zahlreiche Informationen zum Kurzarbeitergeld.

► **Rolf Winkel/Hans Nakielski: »111 Tipps für Arbeitslose – Arbeitslosengeld I«. Bund-Verlag, 2009. 12,90 Euro.**

ARBEIT

TIPPS FÜR DEN JOB

Mit ist immer besser

Gerade in der Krise versuchen Arbeitgeber, an den Arbeitsbedingungen zu drehen. Doch wer allein mit seinem Chef über längere Arbeitszeiten oder weniger Lohn verhandeln muss, ist leicht erpressbar. Mit Betriebsrat läuft es oft einfach besser.

Bei den Arbeitszeiten herrschte in der Frankfurter Niederlassung des Autoherstellers Citroen oft Willkür. Die Geschäftsleitung drückte Überstunden ohne Ausgleich durch und nahm keine Rücksicht auf familiäre Belange der Beschäftigten. Immer wieder gerieten Arbeitnehmer mit der Chefin aneinander, bis es einigen schließlich reichte. »Wir brauchen einen Betriebsrat«, sagten sie sich und gingen zur IG Metall.

Zu den Pionieren gehörte auch Michael Wirth. Die ersten Treffen mit der IG Metall waren ein bisschen wie im Film. »Wir wollten es geheim halten und trafen uns in einer Pizzeria.« Wirth ist inzwischen Be-

triebsratsvorsitzender in seinem Autohaus. Die Arbeitszeiten haben sich schon verbessert. Michael Wirths nächstes Ziel heißt nun: »Wir wollen einen Anerkennungstarifvertrag.«

Wenn Arbeitgeber an Arbeitsbedingungen schrauben, kommen Arbeitnehmer allein meist

nicht weiter. Gerade in der Krise könnte es für Beschäftigte in Betrieben ohne Betriebsrat kritisch werden, warnt Volker Fröhlich, beim IG Metall-Vorstand zuständig für Mitbestimmung. »Der Einzelne ist immer leicht erpressbar. Da braucht es schon einen Betriebsrat, um Arbeitsbedingungen zu sichern oder Kündigungen zu verhindern.«

Mehr Geld. Doch Betriebsräte können nicht nur Schlimmeres verhindern. Mit Betriebsrat geht es Arbeitnehmern auch besser. Untersuchungen zeigen: In Betrieben ohne Betriebsrat sind die Arbeitsbedingungen schlechter und die Einkommen niedriger. So werden in Betrieben mit Betriebsrat in Westdeutschland 38 Prozent aller Beschäftigten nach Tarif bezahlt, in Betrieben ohne Interessenvertretung lediglich 24 Prozent. Auch bei Themen wie Weiterbildung oder Leiharbeit läuft es in mitbestimmten Unternehmen besser.

Beschäftigten, die keinen Betriebsrat haben und daher einen gründen möchten, rät Fröhlich, sich zuerst an die Verwaltungsstelle der IG Metall zu wenden. Das können auch Noch-Nicht-Mitglieder wie Michael Wirth. Als er sich entschloss, einen Betriebsrat zu gründen, war er nicht in der IG Metall wie die große Mehrheit der Mitarbeiter bei Citroen. Inzwischen hat er einen Mitgliedsausweis und mehr als 90 Prozent seiner Kolleginnen und Kollegen auch. »Die Betriebsratswahl war ein voller Erfolg.« ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de



Wie wähle ich mir einen Betriebsrat?

- Erste Anlaufstelle, für alle die noch keinen Betriebsrat haben, ist die örtliche IG Metall-Verwaltungsstelle. Sie kann auch Kontakte zu anderen Betriebsräten vermitteln.
- Mit den Beschäftigten bereiten die Gewerkschafter die Wahlen vor. Sie erklären die einzelnen Schritte und können auch Tipps geben, wie man in kritischen Phasen mit dem Chef umgeht.

BESSER MIT BILDUNG

Schulbank drücken und damit die Krise meistern

Mit einem schlüssigen Qualifikationskonzept überstand Alstom in Salzgitter die Flaute und hat jetzt noch mehr gute Fachkräfte.



Foto: Alstom

CAD-Zeichner bei Alstom sind jetzt dank Weiterbildung Konstrukteure.

Vor zwei Jahren in der Auftragsflaute für Bahntechnik wollte Alstom in Salzgitter Stellen abbauen. 400 Arbeitsplätze waren gefährdet. Statt jedoch Leute zu entlassen vereinbarte das Unternehmen mit dem Betriebsrat und der IG Metall, Mitarbeiter zu qualifizieren. Zielgruppe waren Facharbeiter mit und ohne Abitur. 70 Alstom-Beschäftigte bekamen die Chance, sich weiterzubilden. Aus Facharbeitern wurden Elektriker und Schweißer, CAD-Zeichner stiegen zu Konstrukteuren auf.

Mehrere Mitarbeiter mit Abitur studierten an der TU Braunschweig Transport- und Logistikmanagement, Maschinenbau oder BWL. Während des Studiums erhielten sie von Alstom ein monatliches Stipendium von 1 200 Euro.

Alle kommen unter. Nun kehren die Alstom-Mitarbeiter nach und nach zurück, nachdem sie mehrere Monate oder Jahre die Schulbank gedrückt haben. Das Unternehmen brummt, weil die Aufträge von der Bahn wieder laufen. Jetzt in der Sonderkonjunktur kann das Unternehmen

schlaue Köpfe gut gebrauchen. Betriebsrat Martin Hartinger ist vom Erfolg der Qualifizierungsmaßnahme begeistert. »Alle sind wieder untergekommen, auch solche, die zunächst keine Wiederanstellungsgarantie hatten.«

Die technische Zeichnerin Marianne Schmied, 50, hat eine viermonatige Schulung in Braunschweig hinter sich. Jetzt ist sie wieder am selben Arbeitsplatz beschäftigt wie vor ihrer Weiterbildung. »Mein Aufgabengebiet hat sich erweitert und die Arbeit macht mehr Spaß als je zuvor. Durch die Schulung habe ich jetzt einen viel umfassenderen Einblick in betriebliche Abläufe.«

Während der Ausbildung zur Konstrukteurin war Schmied beurlaubt und hat ihren Lohn weiter bekommen. »Ich finde es toll, dass auch ältere Kollegen so wie ich noch daran teilnehmen können. Mich hat das beruflich ein großes Stück weiter gebracht.« ■

Martina.Helmerich@igmetall.de

Mehr Infos zum Weiterbildungskonzept bei Alstom unter
► www.engineering-igmetall.de

DAS PRODUKT DES MONATS

Bürstner und Metaller – zusammen erfolgreich

Der Wohnmobilhersteller Bürstner ist seit mehr als 50 Jahren erfolgreich. Auch beim Organisationsgrad der Mitarbeiter.

Nicht nur Autos und Nutzfahrzeuge – Metallerinnen und Metaller bauen auch Wohnmobile. Zum Beispiel den Ixeo der Firma Bürstner im badischen Kehl.

Das Tolle am Ixeo: Er ist klein, bietet aber dennoch einer vierköpfigen Familie ausreichend Platz. Im Innenraum ist genug Raum für zwei Doppelbetten. Ein weiteres durchdachtes Detail sind die Fahrer- und Beifahrersitze. Diese lassen sich bei Bedarf umdrehen und als zusätzliche Sitzgelegenheit nutzen. Klein aber fein eben.

Bürstner war der erste Hersteller, der dieses Konzept angeboten hat und der Ixeo wurde vom Start weg ein Verkaufsschlager. Der Ixeo ist jedoch nur eines von vielen Modellen aus dem Repertoire der Wohnmobile und Caravans, die Metaller bei Bürstner bauen. Bürstner stellt seit 1958 Caravans und Wohnmobile her. Ursprünglich 1924 als Groß- und Bauschreinerei gegründet, gehört die

Firma zur Holz- und Kunststoffbranche. In dieser Branche ist, trotz Bandproduktion, immer noch handwerkliches Geschick gefragt. Deshalb ist es besonders wichtig, motivierte und qualitätsbewusste Mitarbeiter zu haben.

Gut organisiert. Trotz der Wirtschaftskrise gelang es der organisierten Belegschaft, die 2008 ausgelaufene Tarifbindung 2009 zu erneuern. Jetzt gilt wieder der Tarifvertrag mit einer 35-Stunden-Woche. Auch gibt es nach wie vor Weihnachts- und Urlaubsgeld. Trotz Krise.

Der Betriebsrat Thomas Heidt: »Dies gelang nur mit konsequenter Unterstützung der IG Metall, einem hohen Organisationsgrad und kampfbereiten Kolleginnen und Kollegen. Auch in den sonst eher schlechter organisierten Angestelltenbereichen fanden durch intensive Aufklärungsarbeit viele den Weg in die IG Metall.« ■

Volker.Beck@igmetall.de



Wohnzimmer auf Rädern: das Ixeo-Reisemobil

Foto: Bürstner GmbH

MITMACHEN TIPPS FÜR INTERESSANTE NEUENTWICKLUNGEN

Gibt es in Eurem Arbeitsumfeld innovative Produkte, die Euch das Arbeiten erleichtern? Berichtet uns von Euren Erfahrungen. In der metallzeitung können wir interessante Neuerungen einem größerem Publikum vorstellen. Schickt Eure Vorschläge und Tipps per E-Mail an: metallzeitung@igmetall.de

WIRTSCHAFT MAL ANDERS

Staat ist kein Zaungast

Soll der Staat in den Markt eingreifen? Für Professor Gerhard Bosch von der Universität Duisburg-Essen die falsche Frage. Denn auch wenn der Staat nichts tut, beeinflusst er den Markt. Die Frage muss daher lauten: Wie greift der Staat am besten in den Markt ein?

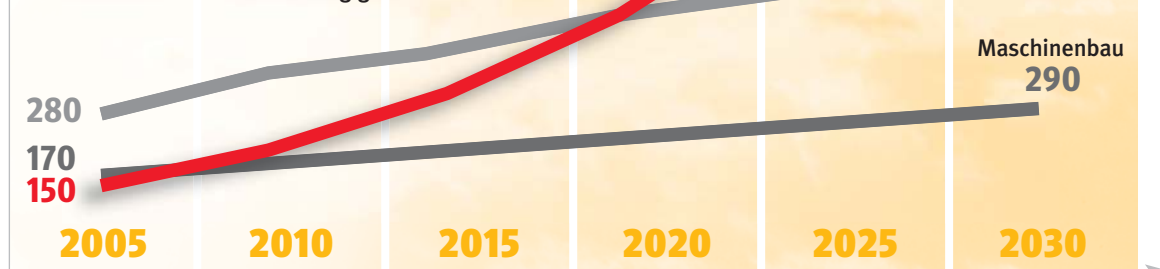
Wenn Ökonomen vor Jahrzehnten einen Blick ins zweite Jahrtausend warfen, prophezeiten sie den Industrienationen eine Zukunft als Dienstleistungsgesellschaften. Doch Vorhersagen sind ungewiss. In Deutschland hängt noch immer jeder zweite Arbeitsplatz vom verarbeitenden Gewerbe ab. Auch die Dienstleistungen könnten ohne Industrie nicht leben. Denn 50 Prozent ihres Geschäfts machen sie mit der Industrie. Die industrielle Produktion bleibt auch im 21. Jahrhundert der Kern der deutschen Wirtschaft. Sie hat in Deutschland immer wieder »Leitmärkte« geschaffen – wie zurzeit die Umwelttechnologie. Typisch für einen Leitmarkt: Er setzt weltweit Maßstäbe, ist sehr innovativ und er muss eine gewisse Größe erreichen. Dies trifft in Deutschland nicht nur auf die Umwelttechnologie zu. Es gilt auch für andere Produkte wie technische Textilien und für den Maschinenbau.

Wissen halten. Doch auch Leitmärkte sind in der Krise bedroht. Sollte sie länger andauern, werden innovative Unternehmen Kapazitäten abbauen müssen. Eine Gefahr für den Industriestandort. In jedem Unternehmen gibt es »implizites Wissen«. Wissen, das oft nirgendwo niedergeschrieben ist oder das nur im Zusammenspiel der Beschäftigten funktioniert. Werden Belegschaften auseinandergerissen, geht dieses Wissen verloren. Damit können auch Marktanteile wegbrechen. Anteile, die die Unternehmen nach der Krise nicht einfach zurückerobern können.

Wenn wichtige Industrien in der Krise nicht wegbrechen sollen, brauchen sie staatliche Un-

Umsatzprognose Umwelttechnologien

Umwelttechnologien zählen zu den wichtigen Leitmärkten. Prognosen gehen davon aus, dass sie weiter an Bedeutung gewinnen.



terstützung. Dabei stellt sich die Frage eigentlich gar nicht, ob der Staat in den Markt eingreifen darf. Denn egal, wie er sich verhält, es hat immer Auswirkungen auf den Markt. Mit der Verlängerung des Kurzarbeitergeldes hat die Bundesregierung bereits die Industrie gestützt. Hätte sie die Krise einfach laufen lassen, gäbe es längst Massenentlassungen.

Doch um die industrielle Basis zu sichern, braucht es neben kurzfristigen staatlichen Unterstützungen auch eine langfristige Industriepolitik, die Leitmärkte fördert. Eine wichtige Vorausset-

zung hierfür ist eine staatliche Vorauswirtschaft durch Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Entwicklung und Forschung. Doch gerade hier hinkt Deutschland

» **Hätte der Staat die Krise laufen lassen, gäbe es längst Massenentlassungen.**«

noch in vielen Bereichen international hinterher.

So zählt etwa Fachkräfteausbildung nicht zur Industriepolitik. Sie gilt in Deutschland noch immer als Sozialpolitik für unversorgte Jugendliche. Dabei muss sich die deutsche Wirtschaft weniger vor den niedrigen Löhnen in Asien fürchten, als vielmehr vor den hohen Bildungsinvestitionen dieser Länder.

In der Forschungspolitik richtet die Politik den Blick zu sehr auf High-Tech-Industrien mit einem hohen Anteil an Forschung und Entwicklung, auch F&E genannt. Der Anteil muss über sieben Prozent des Umsatzes liegen.

Die größten Exportüberschüsse erzielen jedoch Unternehmen mit einem F&E-Anteil zwischen 2,5 und 7 Prozent.

Politisch eingreifen heißt aber nicht, Wirtschaftsinteressen einfach nachzugeben. Manchmal muss der Staat auch gegen den Widerstand von Unternehmen durch Rahmensetzung Entwicklung vorantreiben. Was passiert, wenn er Lobbyinteressen nachgibt, zeigt das Beispiel der amerikanischen Autoindustrie. Bis in die 60er-Jahre war sie der Leitmarkt. Doch sie setzte im Bündnis mit der Politik jahrelang nur auf billigen Sprit, verpasste den Anschluss an moderne Techniken und kämpft heute ums Überleben.

Experten gehen davon aus, dass die USA ein großes umwelttechnisches Potenzial entwickeln könnte, wenn die Politik den Hebel in Sachen Umweltschutz umlegt. Das heißt umgekehrt: Politik kann Entwicklung verhindern, wenn sie keinen Rahmen setzt. ■

Gerhard.Bosch@uni-due.de



Foto: Stefan Boness / Ipor

ZUM AUTOR: Gerhard Bosch ist Professor für Soziologie an der Universität Duisburg-Essen. Seit 2007 ist er Direktor des Instituts Arbeit und Qualifikation. Zu seinen Forschungsgebieten gehört die Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik.

Das Stichwort

Kündigungsschutz

Wirtschaftskrise, Entlassungen drohen. Arbeitgeber wollen vermehrt Arbeitsplätze einsparen. Der Kündigungsschutz wird dabei oft ignoriert. Eine Kündigung kann man erfolgreich abwehren, wenn man seine Rechte kennt.

Der Kündigungsschutz ist seit 1951 im Kündigungsschutzgesetz (KSchG) geregelt. Um durch das KSchG geschützt zu sein, bedarf es einer Betriebsmindestgröße. Für vor dem 31. Dezember 2003 bestehende Arbeitsverhältnisse liegt diese bei fünf, seit 1. Januar 2004 bei zehn Mitarbeitern. Ab 30 Wochenstunden wird man als vollbeschäftigt eingerechnet. Bei weniger als 20 Stunden pro Woche als »0,5-Mitarbeiter«, zwischen 20 und 30 als »0,75-Mitarbeiter«. Zusätzlich muss das Arbeitsverhältnis seit mehr als sechs Monaten bestehen, durch befristete Arbeitsverträge kann diese »Probezeit« bis auf zwei Jahre gestreckt werden.

Ein besonderer Schutz. Das KSchG unterscheidet zwischen allgemeinem und besonderem Kündigungsschutz. Der allgemeine Kündigungsschutz lässt ordentliche, fristgerechte personen-, verhaltens- oder betriebsbedingte Kündigungen zu. Für

Schwangere und Mütter bis vier Monate nach der Entbindung, für Mitarbeiter in Elternzeit, für Schwerbehinderte, für Betriebsräte und Azubi-/Jugendvertreter gilt der besondere Kündigungsschutz. Dieser verbietet ordentliche Kündigungen.

Gerade in der aktuellen Krise versuchen Arbeitgeber vermehrt, betriebs- oder verhaltensbedingt zu kündigen. Erfolgen diese Kündigungen ohne innerbetriebliche Notwendigkeit, ohne vorherige Abmahnungen, ohne Sozialauswahl oder eine Anhörung des Betriebsrates, sind sie anfechtbar. Es lohnt sich daher in jedem Fall zu prüfen, ob eine,

Kündigung zulässig ist. Dazu muss man innerhalb von drei Wochen beim Arbeitsgericht eine Kündigungsschutzklage einreichen. Eure Betriebsräte und die Juristen des DGB unterstützen Euch dabei, IG Metall-Mitglieder bekommen kostenlosen Rechtsschutz. ■

Volker.Beck@igmetall.de

Mehr zum Kündigungsschutz:

- www.igmetall.de
 - Mitglieder
 - Ratgeber Arbeitsvertrag
- www.bmas.de
 - Arbeitsrecht
 - Publikationen
 - Kündigungsschutz

Gesetzliche Kündigungsfristen

Die Kündigungsfristen verlängern sich mit der Dauer der Betriebszugehörigkeit. In einigen Tarifverträgen gelten längere Fristen, Näheres kann Euch der Betriebsrat oder die IG Metall-Verwaltungsstelle sagen.

- | | |
|----------------------------|----------------------------|
| ■ nach 2 Jahren: 1 Monat | ■ nach 5 Jahren: 2 Monate |
| ■ nach 8 Jahren: 3 Monate | ■ nach 10 Jahren: 4 Monate |
| ■ nach 12 Jahren: 5 Monate | ■ nach 15 Jahren: 6 Monate |
| ■ nach 20 Jahren: 7 Monate | |

DIE ZAHL

4

Leiharbeit macht krank

Leiharbeiter haben wegen psychischer Belastungen ein höheres Krankheitsrisiko. Im Schnitt sind Frauen und Männer in Leiharbeit vier Tage länger im Jahr krankgeschrieben als andere Arbeitnehmer, nämlich 14,7 Tage. Das geht aus einer Studie der Techniker Krankenkasse hervor. Besonders auffällig sind die krankheitsbedingten Fehlzeiten bei männlichen Leiharbeitern. Sie sind sogar sechs Tage häufiger krank als männliche Beschäftigte, die zur Stammbesellschaft gehören. Leiharbeiter fühlen sich vielfach stigmatisiert. Durch verschiedenfarbige Betriebsausweise oder Arbeitskleidung sind sie als gesonderte Gruppe kenntlich. Sie haben mehr Angst um den Arbeitsplatz und schlechtere Jobperspektiven. Leiharbeiter empfinden ihre schlechtere Einkommenssituation häufig als sehr als belastend. Bei Meinungsverschiedenheiten am Arbeitsplatz fühlen sie sich in einer schwächeren Position und können sich seltener durchsetzen. Leiharbeitern werden 25 Prozent mehr Psychopharmaka verschrieben. ► www.tk-online.de



DAS LETZTE

Merkel stellt neuen Finanzminister vor

Eine Steuer, die sinkt,
wenn man sie erhöht -
FISKUS POKUS!



GEMEINSAM FÜR EIN
GUTES LEBEN



5.9.2009

Wir treffen uns in Frankfurt!



**Macht Politik für die
Mehrheit der Menschen!**



Die Anfahrten nach Frankfurt organisieren die Verwaltungsstellen. **Bitte meldet Euch dort an!**

Programm

10 bis 11 Uhr: Auftakt „Frankfurt gehört uns!“

- Zentrale Jugendkundgebung, Alte Oper
- Massiv und laut fordert die IG Metall Perspektiven für die junge Generation
- Der Schwerpunkt: „Operation Übernahme“
- Mit dabei: Microphone Mafia
- Im Anschluss fahren Busse in die Arena

Ab 11 Uhr: Arena

- Einstimmung mit Straßenkünstlern, Marching Bands, Dudelsackpfeifern und Sambagruppen

13 bis 16 Uhr:

Arena-Veranstaltung

- Begrüßung
- Kurze persönliche Statements zu den Themen der Befragung
- Politisches Kabarett mit Wilfried Schmickler
- Musik mit Samy Deluxe
- Metallerinnen und Metaller stellen ihre Aktionen vor
- Stadionaktionen
- Berthold Huber, 1. Vorsitzender der IG Metall
- Musikperformance „Hope“
- Teilnehmerinterviews und Gespräche
- Musik mit Bob Geldof
- Detlef Wetzel, 2. Vorsitzender der IG Metall
- Gemeinsamer Abschluss mit allen Künstlern und Teilnehmern